



5. Stadtratsprotokoll / 5^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 17. Mai 2018, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 17 mai 2018 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg

Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Arnold Niels, Augsburg-Brom Dana, Beriger Michelle, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briehle Dennis, Brunner Thomas, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, Diop Mamadou, Fischer Pascal, Francescutto Luca, Frank Lena, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Gugger Reto, Günther Muriel, Hamdaoui Mohamed, Helbling Beatrice, Känzig Urs, Kaufmann Stefan, Koller Levin, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Meyer Miro, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Roth Myriam, Scheuss Urs, Schmid Judith, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Strobel Salome, Suter Daniel, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Torriani Latscha Isabelle, Vlaiculescu-Graf Christiane, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Wiher Max, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Freuler Fritz, Gurtner-Oesch Sandra, Molina Franziska, Moser Peter, Scherrer Martin, Sutter Andreas

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées	Seite/Page
84. Genehmigung der Traktandenliste	193
85. Mitteilungen Stadtratsbüro	193
86. 20160199 Zufriedenheitsumfrage bei den Mitarbeitenden der Stadt Biel: wichtigste Resultate und Entwicklungsschwerpunkte	194
87. Dringliches überparteiliches Postulat 20170382, Urs Scheuss, Grüne, Alfred Steinmann, SP, Glenda Gonzalez, PSR, Judith Schmid, PdA, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Max Wiher, GLP, «"Westast so besser" mit Ausführungsprojekt "Westumfahrung Biel" auf gleicher Stufe vergleichen» ...	199
88. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20180161 Fahrende an der Schwanengasse	213
89. Dringliches überparteiliches Postulat 20170381, Urs Scheuss, Grüne, Dana Augsburger-Brom, SP, Judith Schmid, PdA, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Glenda Gonzalez, PSR, «Internes Kontrollsystem für die Stadt Biel».....	213
90. Dringliches überparteiliches Postulat 20170383, Dennis Briechle, GLP, Dana Augsburger-Brom, SP, Salome Strobel, SP, Urs Scheuss, Grüne, «Das Tor zur Altstadt als Begegnungszone»	218
91. Postulat 20170320, Roland Gurtner und Ruth Tennenbaum, Passerelle, «Bekämpfung des achtlosen Wegwerfens (Littering) von Zigarettenkippen und anderem Kleinabfall im öffentlichen Raum»	221
92. Überparteiliches Postulat 20170319, Salome Strobel, SP, Christoph Grupp, Grüne, Glenda Gonzalez, PSR, Dennis Briechle, GLP, «Begegnungszone Bubenberg-Strasse»	223
93. Überparteiliches Postulat 20170321, Dennis Briechle, GLP, Levin Koller, JUSO, Christoph Grupp, Grüne, «Den Neumarktplatz als städtischen Platz stärken»	224
94. Überparteiliches Postulat 20170318, Sandra Schneider, SVP, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Dennis Briechle, GLP, «Melde-Plattform für Mängel und Schäden der städtischen Infrastruktur»	225
95. Überparteiliches Postulat 20170317, Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, Peter Bohnenblust, Fraktion FDP, «Keine Schliessung der Bermenstrasse»	226
96. Interpellation 20170324, (Sakitha Kugathas, PSR), Caroline Jean-Quartier, PSR, «Sozialhilfereglement: Offene Fragen im Hinblick auf eine Verbesserung der Verfahrenstransparenz»	230
97. Interpellation 20170322, Luca Francescutto und Olivier Waechter, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Sind alle Bieler Moscheen von islamistischen Imamen unterwandert?»	231
98. Interpellation 20170323, (Caroline Jean-Quartier und Sakitha Kugathas, PSR), Glenda Gonzalez, PSR, «Geschwindigkeit: Gleiche Spiesse für alle Bielerinnen und Bieler»	233
99. Neueingänge.....	235

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Ich begrüße Sie zur heutigen fünften Stadtratssitzung.

J'aimerais souhaiter tout particulièrement la bienvenue à Madame Christiane Vlaiculescu-Graf en tant que nouvelle membre du Groupe PSR. Chère Madame, je vous souhaite beaucoup de plaisir et de succès dans votre mandat.

Ich freue mich, während den nächsten 16 Monaten die Stadtratssitzungen zu leiten und wünsche allen gute und sachliche Diskussionen. Ich habe ein besonderes Anliegen an Sie: Bitte sprechen Sie am Rednerpult ins Mikrofon, artikulieren Sie deutlich und nicht zu schnell, so dass alle Anwesenden Sie verstehen. Dafür bin ich Ihnen trotz eventueller Nervosität dankbar, denn ich habe kein «Kind» im Ohr. Malheureusement, certains d'entre vous n'articulent pas correctement et parlent trop rapidement. Pour les personnes comme moi, qui ont une perte auditive, il est très difficile de comprendre vos propos. Je vous remercie d'avance de votre vigilance quand vous parlez au plénum ainsi que de votre compréhension et votre collaboration.

84. Genehmigung der Traktandenliste

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Das traktandierte dringliche überparteiliche Postulat 20170383 «Internes Kontrollsystem für die Stadt Biel» wird aufgrund der juristischen Abklärungen und auf Beschluss des Stadtratsbüros (SRB) zu einer Motion erklärt und so behandelt. Sie haben eine Zusammenfassung des juristischen Gutachtens erhalten.

In Absprache mit dem Interpellanten wird die Interpellation 20170353 «Darf Kunst alles?» vorverschoben und bereits nach der dringlichen überparteilichen Interpellation 20180065 «In welcher Form wird die Stadt Biel die nächste Schweizerische Plastikausstellung unterstützen?» behandelt, da beide Anliegen sachverwandt sind.

Zur Interpellation 20170352 «Refinanzierung Anleihen, Struktur des Fremdkapitals» wurde in der deutschen Version eine falsche Beilage verschickt. Die richtige Beilage haben Sie nachträglich elektronisch erhalten, zusätzlich stehen Ihnen beim Weibel Papierkopien zur Verfügung.

Die Traktandenliste wird mit diesen Änderungen **genehmigt**.

85. Mitteilungen Stadtratsbüro

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Auf Ihren Tischen liegen folgende Unterlagen auf:

- Jahresbericht 2017 der Stadtbibliothek
- Jahresberichte 2017: Müve Biel-Seeland AG, ARA Region Biel AG, ARA Orpund und Umgebung, ST Biel-Seeland AG

- Flyer Festival der Natur 24. - 27. Mai 2018 «10 Naturerlebnisse in Biel!»
- Flyer Fête du Robi-Fest 26. Mai 2018

Auf dem Tisch des Weibels liegt das Mitteilungsblatt Nr. 1 der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen vom April 2018 auf.

86. 20160199 Zufriedenheitsumfrage bei den Mitarbeitenden der Stadt Biel: wichtigste Resultate und Entwicklungsschwerpunkte

Frank Lena, GPK: Die GPK dankt dem Gemeinderat und den zuständigen Mitarbeitenden für den Bericht. Der Bericht informiert über die Resultate der ersten Zufriedenheitsumfrage unter den Mitarbeitenden der Stadt Biel und über die vom Gemeinderat festgelegten Entwicklungsschwerpunkte. Gemäss der Umfrage von 2016 sind die Mitarbeitenden der Stadt Biel im Grossen und Ganzen mit ihrer Arbeitssituation zufrieden. Dennoch gibt es ein paar Punkte mit Handlungsbedarf wie beispielsweise die Attraktivität der Stadt Biel als Arbeitgeberin, die Arbeitsbelastung sowie Personalentwicklung und Arbeitssicherheit. Ein paar der vorgeschlagenen Änderungen wurden bereits umgesetzt, wie zum Beispiel die neu geschaffenen Stellen der stellvertretenden LeiterInnen der Generalsekretariate. Der GPK ist es wichtig zu betonen, dass für die Umsetzung der Massnahmen genügend Mittel insbesondere in der Abteilung Personelles zur Verfügung gestellt werden. Im Moment können in der Abteilung Personelles zwei Stellen nicht besetzt werden, weil zu wenig Büroräumlichkeiten vorhanden sind. Ein Kritikpunkt der Mitarbeitenden ist die fehlende Transparenz des Gemeinderats zu den politischen Zielvorgaben. Verwaltungsbesuche der GPK in der Vergangenheit bestätigen das. Informationen aus dem Gemeinderat werden den Mitarbeitenden sehr unterschiedlich weitergeleitet oder erreichen die Betroffenen gar nicht.

Der GPK fehlt im Bericht eine Kostenzusammenstellung für die Durchführung der Zufriedenheitsumfrage. Auf Nachfrage wurde diese nachgeliefert. Die Kosten im Zusammenhang mit der Zufriedenheitsumfrage belaufen sich auf rund CHF 34'950. Der Klage, dass die Unterhaltszulagen nicht an alle Mitarbeitenden mit Kindern ausbezahlt werden, widmet sich der Vorstoss der Herren Freuler und Bohnenblust (Motion 20180089 «Unterhaltszulage pro Kind für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter»), der an der letzten Sitzung eingereicht wurde. Die nächste Zufriedenheitsumfrage ist erst für 2021 geplant ist, was die GPK als spät beurteilt. Auf Nachfrage teilte Frau Leschot (Abteilungsleiterin Personelles) mit, dass eine Wiederholung alle drei bis fünf Jahre üblich ist. In der öffentlichen Verwaltung soll jedoch ein Umfrageintervall alle fünf Jahre üblich sein. Der GPK ist das zu lang, gilt es doch die relativ hohe Fluktuation zu berücksichtigen. Die aktuellen Zahlen zur Personalfuktuation sollen der GPK noch zugestellt werden. Die Resultate der Umfrage sind somit, bis auf ein paar Punkte relativ erfreulich und sehr zufriedenstellend. Ebenfalls erfreulich ist, dass die Bindung der Mitarbeitenden zur Stadt Biel sehr hoch ist. Die GPK wartet gespannt auf die Wirkung der vorgesehenen gemeinderätlichen Massnahmen und das Resultat der zweiten Umfrage.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO hat das Geschäft eingehend diskutiert. Ein grosses Dankeschön gilt allen, die massgeblich am Bericht mitgearbeitet haben. Die Fraktion SP/JUSO stellt schmunzelnd fest, dass eine solche Befragung zum ersten Mal durchgeführt wurde. Wieso erst jetzt? Es ist wichtig, dass der Arbeitgebende weiss, wie es den Mitarbeitenden geht. Die Beteiligung war sehr hoch, das heisst, dass es den Mitarbeitenden der Stadt ein Anliegen ist, gehört zu werden. Die Fluktuation in der Stadt Biel ist relativ hoch. Spannend wäre daher zu wissen, aus welchen Gründen die Mitarbeitenden die Stadt verlassen. Die Entscheidungsfindungsprozesse des Gemeinderats werden als zu wenig transparent erachtet, wie bereits die GPK-Sprecherin festgehalten hat. Zusammen mit der Tatsache, dass die Arbeitnehmenden an den Abläufen in der Stadt sehr grosses Interesse haben, wäre der Informationsfluss zwischen Gemeinderat, Direktionen und Arbeitnehmenden sehr wichtig. Allenfalls könnten Partizipationsinstrumente eingeführt werden. Ganz wichtig sind die Ressourcen: Zur Umsetzung der festgelegten Massnahmen müssen die nötigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Gemeint sind die Personalressourcen. Viele Mitarbeitenden haben angegeben, dass sie erschöpft und an ihrer Grenze angekommen sind. Diese Situation ist unhaltbar. Die Stadt Biel ist als Arbeitgeberin verpflichtet, auf die Gesundheit ihrer Mitarbeitenden zu achten. Ausfälle aufgrund Überlastung und Burn-out dürfen nicht in Kauf genommen werden. Darunter leidet die Qualität und noch wichtiger, das Wohlbefinden der Mitarbeitenden. Die Fraktion SP/JUSO hat sich sehr gefreut, dass den Mitarbeitenden die Gleichstellung von Mann und Frau wichtig ist. Dazu wurde heute die überparteiliche Motion 20180162 «Frauen*quote in den städtischen Unternehmen» eingereicht. Übrigens wurde dieses Anliegen vor allem von Männern als wichtig angesehen.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Je remercie le Conseil municipal et le Département du personnel pour le bon travail fourni. Il est non seulement important de sonder mais également de communiquer clairement les progrès aux employé(e)s. Les salaires sont souvent indiqués comme point de mécontentement, en dehors de cela, les conditions sont assez bonnes. Les départements avec des ressources rares ont toujours des problèmes pour recruter des collaborateurs et collaboratrices, comme par exemple, dans le domaine de l'informatique, des finances et de l'immobilier. Il existe une dure concurrence du Canton et du domaine privé et ce type de postes devrait pouvoir bénéficier de contrats plus flexibles dans le domaine des salaires. À l'époque, la Commission spéciale du Conseil de ville pour le projet de révision totale du Règlement du personnel et du système salarial (CRS) n'avait pas résisté à la pression des milieux de gauche, dans le but d'avoir une solution acceptable et équilibrée pour tous. Toutefois, si la situation devait empirer, ce point devra être revu. La mauvaise image de la Ville comme employeuse est aussi évoquée, mais c'est souvent et premièrement un problème de communication. Les employé(e)s sont les premiers à pouvoir communiquer dans ce domaine-là et un travail de culture interne devrait être renforcé. J'ai dû également sourire en lisant que certains collaborateurs et collaboratrices se sentaient parfois épuisé(e)s durant le travail. Oui, le travail fatigue! Le bilinguisme est ressenti positivement et je m'en réjouis. Je me réjouis aussi d'entendre que mon interpellation 20170286 "Les postes de secrétaires généraux et adjoints sont-ils réservés aux alémaniques?" a remis le thème sur la table et que maintenant, on y pense davantage lors des engagements. Pour terminer, je suis heureux de lire que le nouveau responsable des finances est un francophone.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen dankt dem Gemeinderat für den Bericht. Der erreichte Wert von 69 aus 100 Punkten freut uns. Die Stadt Biel liegt damit sehr nah am Benchmark von 72 Punkten. Ohne detailliert auf die einzelnen Punkte einzugehen, ist die Fraktion SVP/Die Eidgenossen der Meinung, dass die geplanten Massnahmen für die einzelnen Handlungsfelder genügen. Eine Frage an den Gemeinderat aber bleibt: Auf Seite 3 des Berichts wird in der Abbildung 1 der Zufriedenheitsgrad dargestellt. Wurde dieser Wert für die Stadt Biel insgesamt erhoben oder bezieht er sich auf die einzelnen Direktionen? Wie sehen allenfalls die Abweichungen aus?

Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR: Madame la Présidente, (quel plaisir de dire "Madame la Présidente")! Tout d'abord, je remercie le Conseil municipal de ce rapport qui était attendu et dont le contenu a été lu avec attention. Il est à relever, que de manière générale, la situation des collaborateurs et collaboratrices de la Ville est plutôt satisfaisante. Il y a plusieurs points très positifs, qui ont déjà été relevés par d'autres parlementaires. Je tiens toutefois à mettre en évidence un point essentiel, qui est le niveau d'engagement des collaborateurs et collaboratrices de la Ville de Bienne. C'est un élément très important, bien que l'on remarque aussi que l'engagement n'est pas perçu à niveau égal, suivant les intervenant(e)s, ceci, notamment en ce qui concerne la transparence des décisions politiques prises au niveau du Conseil municipal. C'est peut-être une piste d'amélioration en terme de communication et d'information. Par ailleurs, et cela est un peu paradoxale, on peut constater que l'information et la communication paraît être satisfaisante. Il s'agit d'un point positif à relever, tout comme l'engagement et la responsabilité de la hiérarchie et des responsables hiérarchiques. Toutefois, il reste des points un peu moins positifs, notamment concernant le nombre de participant(e)s à ce sondage. En général, lors de tels sondages il est rare de recevoir 80 à 90% de réponses mais dans ce cas précis, il faut se demander pourquoi seulement 50% des questionnaires distribués ont été retournés. Le questionnaire était-il trop volumineux? Est-ce lié à une mauvaise compréhension des questions? Le rapport du Conseil municipal ne donne aucune réponse à cette question. Il est aussi possible de se demander si l'impact des mesures d'économies enclenchées juste avant la distribution dudit questionnaire n'aurait pas pu avoir une répercussion sur la réserve d'un certain nombre de collaborateurs et collaboratrices de la Ville.

Pour en venir à un autre point délicat, le Groupe PSR pense que l'image de la Ville de Bienne souffre un peu dans cette étude. Pour nous, c'est un point important car nous tenons à cette Ville et l'engagement envers elle des collaborateurs et collaboratrices est mesurable. Si des personnes sont d'accord de s'engager autant pour leur Ville et qu'en contrepartie l'image de la Ville ne bénéficie pas de cet engagement, notre groupe estime qu'il faudrait que l'on creuse ce sujet et que notamment le Conseil municipal y donne une attention particulière. Les mesures prises paraissent très importantes et le Groupe PSR remercie le Conseil municipal d'avoir pris acte des difficultés et d'y apporter des solutions ou de tenter de le faire. Toutefois, nous souhaitons souligner que les mesures relèvent souvent de question de processus ou d'amélioration de ceux-ci ou encore de créer de nouveaux concepts. Je pense encore qu'il faut être très pragmatique et apporter des réponses concrètes au personnel, notamment des réponses centrées sur les besoins et les attentes et ne pas développer systématiquement des concepts et des nouveaux processus, qui alourdissent les flux d'informations et de communications. Les pistes évoquées semblent être

l'augmentation des ressources, bien que dans un processus d'économie cela aille à contre-courant, mais également augmenter les formations. Dans ce rapport, il n'en est pas question car le Conseil municipal parle de convention de formation, ce qui est totalement différent. Quelles sont les formations proposées au personnel de la Ville? Quel est le catalogue? Ces questions-là intéressent fortement le Groupe PSR, mais aussi le fait d'alléger la charge de l'Administration par rapport à des processus lourds.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Ich bedanke mich beim Gemeinderat und den zuständigen Verwaltungsstellen für die Erarbeitung des Berichts. Die Fraktion Grüne erachtet die Zufriedenheitsumfrage für die Mitarbeitenden als wichtig. Ein Arbeitgeber, der sich nicht um das Wohlergehen seiner Mitarbeitenden kümmert, ist kein guter Arbeitgeber. Zwischen den Zeilen habe ich den Eindruck gewonnen, dass die Erhebung auf Drängen des Stadtrats durchgeführt wurde. Bei einer so grossen Anzahl Beschäftigter wie in der Stadt Biel ist eine Umfrage umso wichtiger. Die Fraktion Grüne wird dieses Geschäft auch in Zukunft im Auge behalten. Die Umfrageresultate sind gut, allerdings leicht unter dem Durchschnitt vergleichbarer Verwaltungen. Das heisst, hier gibt es Verbesserungspotential. Ein solcher Punkt betrifft den Stellenwert der Stadt in der Öffentlichkeit. Für einen Arbeitgeber zu arbeiten, der gegen aussen ein gutes Bild abgibt ist deutlich angenehmer. Dieses Image, liebe KollegInnen, ist nicht zuletzt auch vom Umgang des Stadtrats mit der Verwaltung geprägt. Der Stadtrat trägt zum öffentlichen Bild der Stadt und zum Wohlbefinden der städtischen Angestellten bei. Das Befinden der Arbeitnehmenden ergibt sich aus der entgegengebrachten Wertschätzung. Wenn bei bestimmten Sparprogrammen immer wieder der Eindruck erweckt wird, dass es nur etwas mehr Effort braucht, ist dies nicht wertschätzend. Nehmen wir uns im Stadtrat an der eigenen Nase. Es geht nicht nur darum, dass der Gemeinderat seine Aufgabe als Arbeitgeber ernst nimmt, sondern dass er darin auch vom Stadtrat unterstützt wird.

Noch etwas zu den Rahmenbedingungen der Zufriedenheitsumfrage: 2014 wurde das Postulat der Fraktion Grüne dazu eingereicht (20140336 «Attraktivität der Stadt Biel als Arbeitgeberin»). 2016 wurde der vorliegende Bericht verfasst, und heute haben wir das Jahr 2018. Ich finde diese Zeitspanne ziemlich lang. Der nächste Bericht ist in fünf Jahren vorgesehen. Das bedeutet, dass also in drei Jahren die nächste Umfrage durchgeführt wird. Das bedeutet wiederum eine satte Zeitspanne, falls die Auswertung in einem Jahr und nicht wieder in zwei vorgenommen werden kann. Der nächste Bericht würde also frühestens in vier Jahren vorliegen. Deshalb hoffe ich, dass die Fristen kürzer sein werden, damit der Stadtrat näher am Puls der Zufriedenheitsmessung bleibt. Auch der Stadtrat ist Arbeitgeber für alle städtischen Angestellten, die Tag für Tag eine Topleistung für die Bevölkerung also auch für uns erbringen.

Brunner Thomas, EVP: Mit Umfragen ist es so eine Sache. Ich frage mich, ob ich darüber glücklich sein soll oder nicht. Sobald eine Umfrage durchgeführt wird, ist es eigentlich schon zu spät. Unter Umständen zeigt sich, dass der Arbeitgeber den Kontakt zum Personal schon verloren hat, weil er deren Situation verkennt. Die Hälfte der Angestellten beteiligt sich sowieso nicht an Umfragen. Deshalb bin ich nicht ganz glücklich. Umfrageresultate können jedoch auch hilfreiche Indizien für Verbesserungen aufzeigen. Verbesserungsmöglichkeiten sind abhängig von einem Kader, das Massnahmen mit Fingerspitzengefühl umsetzt. Deshalb bin ich froh, dass die Stadt Biel über ein Kader verfügt, das motiviert und fachlich fundiert die Aufgaben anpackt. Ich

zähle auf das Kader, das mehr zur Personalzufriedenheit beiträgt als Umfrageresultate, die Interpretationsspielraum zulassen.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich möchte hier nicht die Inhalte der Umfrageergebnisse wiedergeben und einzelne Details diskutieren. Der vorliegende Bericht ist eine erste Auswertung. Spannend wird es erst, wenn mehrere Umfrageergebnisse miteinander verglichen werden und sich feststellen lässt, ob die eingeleiteten Massnahmen Wirkung entfalten. Werden solche Umfragen zu oft veranlasst, verursacht das Kosten für die Stadt und zusätzlichen Aufwand für die Mitarbeitenden. Ausserdem dürften die Veränderungen zu wenig signifikant sein. Die Erfahrung zeigt, wie von der GPK-Sprecherin erwähnt, dass Umfrageintervalle von drei bis fünf Jahren sinnvoll sind. Damit sich die Investition der knapp CHF 35'000 lohnt, muss für die Wirksamkeitsprüfung der Massnahmen ein gewisser Zeitraum abgewartet werden. Zum Thema Fluktuation gibt es Missverständnisse. Die Personalfuktuation in der städtischen Verwaltung liegt ganz leicht höher als der Durchschnitt bei öffentlichen Verwaltungen. Alarmierend hoch ist sie aber nicht. Die Phase, als die Fluktuationsrate bei der Abteilung Soziales 20 % betrug, ist vorbei. Die Abteilung Soziales war sogar Pilot für das Projekt Austrittsgespräche. Im Moment läuft in diesem Pilotprozess die Auswertung ob solche flächendeckend eingeführt oder darauf verzichtet werden soll. Eine detaillierte Rücklaufquote konnte nicht erhoben werden, da die Umfrage anonymisiert durchgeführt wurde. Es bleibt zu hoffen, dass durch die ergriffenen Massnahmen und Veränderungen gestützt auf die Resultate der ersten Umfrage, die Beteiligung bei der zweiten Zufriedenheitsumfrage steigt. Zum Glück verfügt die städtische Verwaltung über motivierte und engagierte Mitarbeitend. Ohne solche kann kein qualitativ guter Service Public erbracht werden. Auch wenn heute von Pflegerobotern und anderen Automatisierungen gesprochen wird, braucht es auch in Zukunft Menschen, um öffentliche Dienstleistungen zu erfüllen. Deshalb ist ein gutes Arbeitsumfeld wichtig.

Die Frage, warum bis bisher noch keine Personalumfragen durchgeführt wurden, kann ich wie folgt beantworten: Die Abteilung Personelles der Stadt Biel erfüllte primär administrative Aufgaben und stellte ein beschränktes Kursangebot zur Verfügung. Moderne Personalführungsinstrumente fehlten. Derzeit ist der Gemeinderat zusammen mit der Personalchefin daran, dies zu ändern. Dazu werden jedoch Ressourcen benötigt. Gute Arbeitsbedingungen erfordern entsprechende Mittel. Dass Ressourcen für die Umsetzung von geplanten Massnahmen benötigt werden, ist allerdings ein Problem in der ganzen Verwaltung. Teilweise werden solche Investitionen über Sonderrechnungen oder über den Lastenverteiler des Kantons finanziert. Die Bereiche Personalwesen oder Informatik können davon aber nicht profitieren. Dennoch müssen auch sie berücksichtigt werden, weil dies sonst zu Ungerechtigkeiten und Unmut führt. Da wir nicht in einer idealen Welt leben, sind aber die finanziellen Mittel nicht unbeschränkt und es können nicht alle Wünsche erfüllt werden. Steht der Stadtrat in der kommenden Budgetdebatte zu seinen heutigen Äusserungen, wird der Gemeinderat punktuell benötigte Massnahmen umsetzen können. Die gute Benotung des Bilinguismus freut den Gemeinderat, schliesslich ist dieser unser Bieler Markenzeichen. Ich danke Herrn Grupp für seine Äusserung, wonach auch die Stadtratsmitglieder in der Verantwortung stehen. Wenn jeweils über die Verwaltung gelästert wird, ist das für die städtischen Mitarbeitenden frustrierend. Die Mitarbeitenden hören die stadträtlichen Voten und diese sind nicht zu unterschätzen. Der Stadtrat darf aber selbstverständlich auf mögliche Verbesserungen hinweisen. Ich

bin überzeugt, dass in den administrativen Prozessen durchaus Potential für Vereinfachungs- und Digitalisierungspotential vorhanden ist. Die städtischen Mitarbeitenden, meine Damen und Herren, sind engagiert und setzen sich zugunsten der BielerInnen ein. Sie verdienen deshalb von uns allen Respekt. Die Umfrageergebnisse sind insgesamt gut. Spannend wird die Debatte über die Resultate und die Entwicklung der eingeleiteten Massnahmen der nächsten Umfragerunde.

Der Stadtrat **nimmt Kenntnis** vom Bericht des Gemeinderats über die Zufriedenheitsumfrage bei den Mitarbeitenden

87. Dringliches überparteiliches Postulat 20170382, Urs Scheuss, Grüne, Alfred Steinmann, SP, Glenda Gonzalez, PSR, Judith Schmid, PdA, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Max Wiher, GLP, «"Westast so besser" mit Ausführungsprojekt "Westumfahrung Biel" auf gleicher Stufe vergleichen»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Scheuss Urs, Grüne: Ich begrüsse die Damen und Herren auf der Tribüne. Die Mitteilung des Regierungsrates von vorgestern ist wohl inzwischen allgemein bekannt, er will am Ausführungsprojekt Westumfahrung Biel festhalten. Heute entscheiden wir im Stadtrat, ob wir dem Regierungsrat folgen und Häuser, Bäume und das Naherholungsgebiet am See für eine ganze Generation opfern wollen oder ob wir die Interessen der Bieler Bevölkerung vertreten und eine alternative Tür öffnen wollen. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären und für die BielerInnen einzustehen. Sie folgen damit auch dem Antrag des Gemeinderats, der daran festhält, das Postulat erheblich zu erklären. Der Stadtpräsident hat bereits ausgeführt, dass für den Gemeinderat die Angelegenheit mit dem Entscheid des Regierungsrates nicht vom Tisch ist, selbst wenn der Grosse Rat diesem folgt, was leider zu befürchten ist.

Ich werde nun das Anliegen des vorliegenden Postulats ausführen. Meine Ausführung wird wohl etwas technisch ausfallen aber genau das ist wichtig. Denn sie wird aufzeigen, dass die Prüfung der Variante «Westast so besser» völlig ungenügend war. Schon aus diesem Grund sollte nicht dem Regierungsrat gefolgt werden. Am 15. März 2018 wurde im Bieler Stadtrat das Postulat 20170343 «Faktencheck für Vorschlag A5 "Westast so besser"» überwiesen. Das Postulat, über das wir heute beraten, steht nicht in Konkurrenz zu diesem, sondern ist eine Ergänzung. Der Fokus des Vorstosses «Faktencheck...» ist zu eng. Einerseits beschränkt er sich nur auf den Verkehr und andererseits fehlen beim Verkehr wichtige Elemente. Worum es beim vorliegenden Postulat geht, zeigt sich am Besten an der Vorgeschichte. Ich meine damit nicht die jüngste Geschichte mit einer überwältigenden Volksbewegung, die sich gegen das aktuelle Projekt stellt und sich auch heute Abend durch starke Präsenz vor dem Stadtratssaal und jetzt auf der Tribüne manifestiert. Ich spreche von der Geschichte, die vor knapp zehn Jahren mit der regionalen Arbeitsgruppe ihren Anfang nahm. Auftrags der kantonalen Behördendelegation wurden damals für den Westast der Autobahn A5 in Biel neue Stossrichtungen geprüft. Die Arbeitsgruppe war unter Leitung des damaligen Bieler Stadtpräsidenten als «Arbeitsgruppe Stöckli» bekannt. Die

Situation war damals ähnlich wie heute: Die Planung war inakzeptabel und die Arbeitsgruppe hatte zum Ziel, eine bessere Lösung zu finden. Sie prüfte vier verschiedenen Stossrichtungen. Drei davon sahen einen oder zwei Anschlüsse vor und die Stossrichtung «Null» diente als Referenzvariante, wenn gar nichts gemacht würde. Die Stossrichtung Null entspricht daher keinesfalls dem nun zur Diskussion stehenden Vorschlag «Westast so besser». Letzterer sieht nämlich eine Linienführung in einem Tunnel ohne Anschluss vor. Ich fordere alle auf, auf der Internetseite www.biel-nidau-2050.ch die Unterlagen der Arbeitsgruppe Stöckli (insbesondere diejenigen zur Zweckmässigkeitsbeurteilung) anzuschauen. Dort wird auch die Entstehungsgeschichte der Stossrichtungen aufgezeigt. Das Problem dieser Stossrichtungen ist offensichtlich: Eine Linienführung ohne Anschlüsse wurde von Anfang an ausgeschlossen und ist damit ein erster Mangel. Der zweite Mangel ist der Umstand, dass die Stossrichtung Null nie zu einer funktionierenden Variante ausgearbeitet wurde. Was hätte eine solche Stossrichtung beispielsweise für verkehrlich flankierende Massnahmen (vfM) erfordert? Was wäre, wenn mit anderem Verkehrsaufkommen gerechnet worden wäre? Es reicht nicht, «Westast so besser» mit den damaligen Verkehrszahlen noch einmal durchzurechnen. Das aktuelle Ausführungsprojekt zeigt auf, dass die damaligen Annahmen nicht stimmen. Überdies liegen mit der Eröffnung des Ostastes bald effektive Zahlen über das Verkehrsaufkommen vor statt nur Modellzahlen. Darüber hinaus soll nächstens eine Gesamtmobilitätsstrategie erstellt werden. Es gilt, alle diese neuen Rahmenbedingungen miteinzubeziehen. Das hat der Regierungsrat nicht gemacht. Genau das verlangt jetzt aber das vorliegende Postulat. Dabei sollen auch die städtebaulichen Chancen aufgezeigt werden, die der Verzicht auf einen Autobahnanschluss mitten in der Stadt mit sich bringt. Bislang ist im vorgesehenen Gebiet wenig passiert. Seit Jahren blockiert dort der drohende Autobahnbau die Entwicklung. Problematisch ist im Weiteren die Befangenheit sowohl der Arbeitsgruppe Stöckli als auch (in grösserem Ausmass) des Kantons. Beide haben sich jahrelang mit der Ausarbeitung eines Projekts befasst, daher kann von diesen Gremien nun nicht erwartet werden, dass sie dieses grundsätzlich in Frage stellen. Deshalb fordern die PostulantInnen einen von einer neutralen Stelle moderierten Prozess. Neben der Variante «Westast so besser» gibt es weitere Ideen, die sich vielleicht kombinieren liessen. Wir fordern gegenüber solchen Ideen mehr Offenheit.

Zum Schluss noch ein Hinweis zu einem Punkt, den der Gemeinderat offenbar missverstanden hat. Der Gemeinderat geht bei den Kosten für den Variantenvergleich von einem zweistelligen Millionenbetrag aus. Wenn auf gleicher Stufe verglichen werden soll, geht es nicht darum, die Variante «Westast so besser» zu einem Ausführungsprojekt auszuarbeiten und es dann mit dem aktuellen Ausführungsprojekt zu vergleichen. Der Begriff «Ausführungsprojekt» wurde im vorliegenden Postulat verwendet, um das aktuell geltende Projekt korrekt zu identifizieren! Zudem wären zwei gültige Ausführungsprojekte formell gar nicht möglich. Vielmehr müsste das geltende Projekt überarbeitet werden. Damit es überhaupt dazu kommt, muss vorab ein Planungsverfahren eingeleitet werden. Da setzt das nun vorliegende Postulat an. Ich habe deshalb so ausführlich von den Stossrichtungen der Arbeitsgruppe Stöckli gesprochen, weil diese bereits Variantenvergleiche anstellte. Einfacher gesagt: Die Urhebenden des Postulats fordern, dass die Arbeitsgruppe Stöckli in anderer Zusammensetzung nachsitzt. Ich verstehe nicht, weshalb der Kanton vor knapp zehn Jahren bereit war, Alternativen zu prüfen heute solche ausschliesst. Die Tatsache, dass die Prüfung der Variante «Westast so besser» völlig intransparent und nicht

nachvollziehbar erfolgte, legt den Schluss nahe, dass der Entscheid schon vorab getroffen wurde. Der Kanton sagt im Wesentlichen, dass die verkehrliche Entlastung der Stadt zu gering und nur höhere Kosten für Kanton und Gemeinden die Folge wären. Dabei hat der Kanton offenbar seine eigenen Pläne zum aktuellen Projekt nicht angeschaut. Mit seinem Projekt würden im Städtchen Nidau und in Biel zahlreiche innerstädtische Strassen wie die Seevorstadt, die Murtenstrasse und die Salzhausstrasse gar nicht entlastet, sondern sogar stärker belastet. Kostet etwas, ist es wie immer: Wer zahlt, befiehlt! Die Urhebenden des Postulats wollen sich keine Autobahn aufzwingen lassen, die ihre Stadt zerstört. Sie haben gute Gründe, sich gegen den Kanton zu stellen. Vor allem aber müssen wir alle aber auf die zahlreichen BielerInnen hören, die sagen: so nicht! Die Region steht keinesfalls hinter dem aktuellen Westastprojekt, das muss der Kanton endlich verstehen! Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Postulats. *(Applaus von der Tribüne)*

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Werte Anwesende, hier unten im Stadtrat und oben auf der Tribüne. Ich spreche für die Fraktion FDP. Um was geht es heute? Meiner Meinung nach ist Herr Scheuss ein grosser Fehler unterlaufen. Es geht nicht darum, wie der Westast gebaut wird, sondern es geht um einen zweiten Faktencheck. Den ersten Faktencheck hat der Gemeinderat bereits durchgeführt, was die Fraktion FDP nicht schlecht findet. Die Vorbehalte, die der Gemeinderat vorbringt, sind richtig und wichtig. Die Fraktion FDP steht hinter dem Vorgehen des Gemeinderats. Für einen Vergleich der verschiedenen Varianten gehören die Fakten auf den Tisch. Ich möchte folgende drei Sachverhalte ausführen:

1. Positiv zu vermerken ist, dass das Komitee «Westast so nicht!» die Notwendigkeit dieser Autobahn heute einsieht. Ich gehe heute davon aus, dass die Mehrheit des Komitees die Autobahn nun befürwortet. Das war lange Zeit unklar.
2. Bevor ein Faktencheck durchgeführt wird, bitte ich das Komitee, zuerst einen Faktencheck bei sich selber vorzunehmen. Ich habe heute die Internetseite des Komitees konsultiert. Die Seite wurde seit längerer Zeit nicht aktualisiert und enthält «Fake News». Die Ausführungen des Komitees entsprechen in mindestens drei Punkten nicht der Wahrheit und sind eindeutig falsch. Leute mit Lügen, Verdrehungen und Auslassungen zu gewinnen ist einfach. Ich finde ein solches Vorgehen undemokratisch und unseriös. Dass diese Argumente übernommen werden, bereitet mir Sorgen. So wird gesagt, dass mit dem Alternativvorschlag kein einziger Baum gefällt würde. Das ist falsch. Auf der Website des Komitees «Westast so nicht» wird behauptet, es müssten 745 Bäume gefällt werden. Diese Zahl trifft für das Gesamtprojekt Westumfahrung zu. Allein für den Westast sind 487 Bäume gefährdet. Das heisst aber noch lange nicht, dass sie tatsächlich gefällt werden müssen. Zudem sind selbst mit der Variante «Westast so nicht» Bäume gefährdet. Ausserdem wird erwähnt, dass anstelle von 600'000 Lastwagen keine mehr durch Biel fahren würden. Dieser Vergleich ist eine Vorspiegelung falscher Tatsachen und schlecht für unsere Demokratie. Vielleicht würden tatsächlich keine Lastwagen mehr durch Biel fahren, dafür aber umso mehr durch Brugg oder durch Tüscherz-Alfermée. Ich finde, das ist schlechte Politik.
3. Behauptet wird, dass mit der Variante «Westast so nicht» die Hälfte der Projektkosten eingespart werden könnte. Das Komitee ist von einer Summe von CHF 1,1 Mio. ausgegangen. Die Berechnungen des Portunnels von CHF 260 Mio., der Honorare von etwa CHF 220 Mio. und der Mehrwertsteuer von über CHF 200 Mio. wurden einfach weggelassen.

Meine Damen und Herren, so manipulieren Sie heute in Biel gewisse Gruppierungen. Deshalb meine Frage an die Anwesenden des Komitees «Westast so nicht!»: Wann wird diese Darstellung berichtigt? (*Unruhe auf der Tribüne*)

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Ich bitte die Anwesenden auf der Tribüne von Applaus und Zwischenrufen abzusehen, besten Dank.

Pittet Natasha, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR a étudié la réponse du Conseil municipal avec attention. Il est, en effet, dans l'intérêt de tout le monde de désengorger la Ville, tant le centre que les quartiers et de les délester du trafic, qui n'y est pas nécessaire. Nous perdons toutes et tous du temps dans les bouchons, que nous soyons automobilistes, cyclistes ou utilisateurs des transports publics et notre qualité de vie est affectées par le surplus de trafic. La planification faite, et cela personne ne le conteste, montre qu'il est nécessaire de trouver une solution durable pour le trafic, qui convienne non seulement au Canton et à la Confédération, mais également et surtout aux biennois et biennoises. En revanche, le tracé et les variantes de jonctions ne devraient pas être coulés dans le béton, tant que la solution idéale en matière de coûts et d'efficacité n'aura pas été trouvée, comme le dit le dicton populaire: "*Il n'y a que les cons qui ne changent jamais d'avis*". Je suis désolée d'utiliser ce langage dans cet hémicycle. Le Conseil municipal semble être du même avis que moi, lorsqu'il répond qu'il est ouvert à un projet alternatif s'il permet un délestage similaire en terme de circulation. C'est un signe d'ouverture à la recherche de la meilleure solution possible, pour aujourd'hui et pour demain. Le Conseil-exécutif admet que la solution "Axe ouest, mieux comme ça!" est un peu moins chère tout en délestant un peu moins les quartiers, mais il refuse de procéder à une planification de détails argumentant que cela serait trop cher. L'Office fédéral des routes (OFROU), au nom de la Confédération, émet un préavis négatif lui aussi et précise que si Bienne souhaite une autre variante, elle devra la payer elle-même. Cette manière de procéder est anti-démocratique. Une part non négligeable de la population biennoise est fortement insatisfaite du projet actuel. Les arguments de la Confédération et du Canton sont très sommaires et n'entrent pas vraiment dans le vif du sujet. Le Groupe PRR le regrette et souhaite que le Conseil municipal continue à mettre tout en oeuvre pour assurer une bonne qualité de vie à Bienne, maintenant et aussi à l'avenir. Donc, nous soutenons la proposition du Conseil municipal d'adopter ce postulat.

Steinmann Alfred, SP: Ich danke dem Gemeinderat für seine Ausführungen und die beantragte Erheblicherklärung des Postulats. Der Kanton hat entschieden, dass sein Projekt dem Vorschlag «Westast so besser» vorzuziehen ist. Jeder Bäcker findet sein Brot besser als dasjenige der Konkurrenz. Genau darum fordern wir PostulantInnen von Kanton und Bund, dass das Projekt «Westast so besser» von unabhängiger Stelle geprüft wird, diese Prüfung transparent erfolgt und öffentlich kommuniziert wird. Geprüft werden sollen auch die Kosten und die Camionfahrten! Mit einer kurzen Mitteilung wurde das Alternativprojekt abgetan. Dieses Vorgehen kommt mir bekannt vor: Während Jahren hat die Begleitgruppe versucht, die vorgefertigte Meinung des Kantons zu hinterfragen und Alternativen vorzustellen. Nie wurde auch nur ein Teil der Vorschläge aufgenommen. Die eigenen Brötchen waren immer besser! Dabei weist das heutige Projekt grosse Mängel auf. Mit dem Anschluss «Bienne Centre» bringt der Westast während der Stosszeiten sehr viel Autoverkehr in die Stadt. Der Verkehr wird den Johann-Verresius-Platz überlasten. Das Quartier an der Zukunftstrasse wird seiner Zukunft beraubt. Trotz Verboten werden die Autofahrenden versuchen, über

Seitensträsschen auszuweichen. Das Mühlefeldquartier wird vom Bahnhof abgeschnitten und dieser ist für die Anwohnenden mit dem Auto nur noch via Aebistrasse, Kreuzplatz, Zentralstrasse, Mattenstrasse und über den verstopften Johann-Verresius-Platz erreichbar. Da der Bus ebenfalls über den Johann-Verresius-Platz fährt, wird auch er stecken bleiben. Insgesamt fahren sieben Buslinien über den Johann-Verresius-Platz! Der Kanton schlägt im Falle eines Staus vor, die Mattenstrasse nur noch in einer Richtung zu führen. Die erbosten Reaktionen bei der Bau- und Verkehrsdirektion sehe ich jetzt schon vor mir... Der Bahnhofplatz soll gemäss der verkehrlich flankierenden Massnahmen (vfM) verkehrsfrei sein und dadurch auch der Johann-Verresius-Platz vom Verkehr entlastet werden. Beim Johann-Verresius-Platz sind aber trotz aller Verbote immer noch etwa gleich viele Autos unterwegs wie bei der täglichen Gotthardquerung... Ist das etwa eine stadtverträgliche Variante? Ein bedeutender Vertreter des Kantons hat mir gesagt, dass der Kanton den Anschluss «Bienne Centre» genau aufgrund dieser Probleme lieber nicht hätte bauen wollen, jedoch hätten die Gemeindevertreter darauf bestanden. Auch der Anschluss an die Seevorstadt bringt der Bieler Bevölkerung viele Nachteile. Diese Verbindung unterbricht den äusserst wichtigen Zugang der Stadt zum See. Die Autobahnausfahrt führt auf den Standboden. Dieser wichtige Naherholungsort wird somit durch Lärm belastet. Dabei hat Biel bereits heute zu wenig Seeanstoss. Hinzu kommen weitere Herausforderungen wie die unerprobten Grundwasserdüker für den Durchfluss des Grundwassers. Sollten diese verstopft sein, steigt das Grundwasser an. Die Bernstrasse soll überdies in Halbtiefelage gebaut werden und steht damit drei Meter über dem Boden. Als Bauzeit sind etwa 15 bis 20 Jahre vorgesehen, worunter die Bevölkerung sehr stark leiden würde. Eine Spur der stark befahrenen Bernstrasse müsste während sechs bis sieben Jahren durch das Mühlefeldquartier geführt werden, auch das für mich ein absolutes «No go». Viele Bäume müssten gefällt und viele Häuser abgerissen werden. Der Fussballplatz Mühlefeld müsste für mindestens 20 Jahre aufgehoben werden. All diese negativen Auswirkungen wären nicht Teil des Projekts «Westast so besser» oder würden besser gelöst. Es geht aber nicht nur um eine möglichst grosse Entlastung Biels vom Verkehr. Nicht der Verkehr steht im Mittelpunkt, sondern die Bieler Bevölkerung. Indem der Stadtrat das vorliegende Postulat erheblich erklärt, wie dies der Gemeinderat vorschlägt, sendet er ein wichtiges Zeichen Biels an den Kanton. Dennoch eine Frage an den Gemeinderat: Wie steht er zu einer detaillierten und unabhängigen Überprüfung durch den Kanton? Ich danke allen, die sich für eine sinnvolle Stadtentwicklung einsetzen! *(kurzer Applaus von der Tribüne)*

Wiher Max, GLP: Ich danke dem Gemeinderat für seine positive Antwort. Es freut mich, dass er das Anliegen grundsätzlich unterstützt und das Postulat erheblich erklären lassen will. Leider sieht es auf kantonaler Ebene anders aus. Im Bieler Tagblatt von gestern stand, die zuständige SP-Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer, respektive Bund und Kanton, den Vorschlag «Westast so besser» als ungeeignet einstufen. Auf Nachfrage beim Bundesamt für Strassen (ASTRA) weiss niemand etwas über eine Abklärung oder einen Vergleich. Hat die Regierungsrätin die Überprüfung der Variante vorweggenommen, um ihr keine Chance zu geben? Erstaunlich ist im Weiteren, dass die gleichen Fachleute des Kantons, die an der Ausarbeitung der offiziellen Lösung beteiligt waren, nun auch die vertiefte Prüfung der Alternativvariante vornehmen sollen. Eine solche Prüfung kann auf keinen Fall zu einem neutralen Ergebnis führen. Dazu wäre ein unabhängiges Fachgremium notwendig, wie die PostulantInnen dies fordern.

Die Verkehrszahlen des offiziellen Projekts basieren auf alten Annahmen. Damals war der Ostast noch nicht in Betrieb. Es würde Sinn machen, aktuelle Zahlen des Ostasts einfließen zu lassen statt ungefähre Annahmen zu verwenden. Auch hier spielt der Kanton mit gezinkten Karten. Immerhin scheint auch er davon auszugehen, dass die Alternativvariante machbar ist und günstiger zu stehen käme als das offizielle Projekt. Wirklich überraschend ist dabei nur der Absender dieser Feststellung...

Zurück zum vorliegenden Postulat: Die Kosten für einen unabhängigen Variantenvergleich sind nicht - wie vom Gemeinderat geschätzt - im zweistelligen Millionenbereich, sondern bewegen sich, gemäss dem Variatenvergleich der Arbeitsgruppe Stöckli, bei rund CHF 0,5 Mio. Das macht einen grossen Unterschied. Ein Vergleich würde sich bei geschätzten Baukosten von CHF 2,2 Mia. auf jeden Fall lohnen. Es freut mich, dass der Gemeinderat, im Gegensatz zum Kanton, offen für eine unabhängige Prüfung ist. In seiner Beantwortung des Postulats schreibt der Gemeinderat: "...wobei der zielgerichtete Beizug externer Fachleute Sinn machen kann." Ich gehe noch weiter und behaupte, dass für eine neutrale Prüfung auch neutrale Gutachter notwendig sind. Deshalb hoffe ich sehr, dass sich der Gemeinderat beim Kanton für eine neutrale Prüfung mit neutralen Fachleuten einsetzt.

Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR: Tout d'abord une petite mise au point concernant le langage. Dans la réponse en français du Conseil municipal à ce postulat, il est écrit au premier paragraphe: "*Ses auteurs parlent pourtant indirectement au nom de l'organisation «Axe ouest, pas comme ça!»*". En français le mot "pourtant" signifie un peu "cependant". Il y a une connotation un peu critique et j'aimerais juste mentionner que je n'ai pas signé ce postulat au nom du comité "Axe ouest, pas comme ça!", mais en tant que Conseillère de ville représentant le PSR. Cela n'empêche pas que je puisse avoir des opinions rejoignant ceux du comité "Axe ouest, pas comme ça!". Dans la version allemande, la traduction était différente. Ce qui préoccupe les intervenant(e)s, hormis ce qui a déjà été dit, concerne en particulier une réflexion que nous aimerions mener par rapport à ce postulat. En effet, la question qui se pose est celle du bien-fondé du maintien de ce projet, tel qu'il a été arrêté. Il est à rappeler, que c'est un projet qui a été pensé hier (il y a dix ans tout de même), pour être construit demain (environ dans vingt ans), mais sa mise en oeuvre et son application ne se fera qu'après-demain, c'est à dire dans plus de vingt ans... Comment savoir comment les choses vont évoluer, alors que toutes les statistiques datent de l'époque du concept initial? Les chiffres sont obsolètes et la situation a changée. Pour rappel, il y a dix ans apparaissait le premier iPhone, je ne parle pas de Smartphone. Il fut un temps où l'on pensait que monter dans un train à vapeur roulant à 30 km/h pouvait générer des attaques cardiaques, mais aujourd'hui on vole à 800 km/h dans des avions. Tout cela pour dire que l'on ne peut pas savoir avec tant de certitude que c'est ce projet qu'il faut pour demain! C'est faire preuve de beaucoup d'arrogance que de se projeter dans un futur avec des conditions et projections uniquement basées dans le passé ou même aujourd'hui. L'ordinateur a trente ans et rendez-vous compte comme cette invention a changé le monde. Une solution est envisagée pour les générations futures, qui ne correspondra en rien aux besoins qui seront effectifs dans vingt ans. Personne n'a la boule magique! Soyons prudents et allons dans le sens d'évaluer les deux options de manière vraiment pertinente par rapport à des chiffres actualisés. Si cela est important pour les générations futures, c'est également important pour notre génération, car il en va de notre responsabilité. L'argent engagé est effectivement celui du contribuable, mais cela vaut la peine de réfléchir à deux fois au projet qui sera réalisé de manière définitive.

Il s'agit d'un postulat et il faut l'adopter, car on doit aller de l'avant et ne pas rester fixé sur le passé. La question des coûts, argumentée par le Canton et reprise par certaines personnes dans cette salle pour défendre la situation actuelle, est un argument, mais est-ce bon? En effet, la Confédération prendra à sa charge 87% des frais engendrés pour la réalisation de ce projet. Faut-il avancer dans le projet définitif "Contournement autoroutier Ouest de Bienne" étant donné qu'il est financé par la Confédération? J'en doute...

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Ich schliesse jetzt die Rednerliste und übergebe das Wort an Frau Helbling.

Helbling Beatrice, SVP: Ich spreche zuerst für die Fraktion SVP/die Eidgenossen, die ganz das Postulat ganz klar nicht erheblich erklären will. Als Einzelsprecherin dazu Folgendes: In Biel haben zahlreiche Personen heute gezeigt, dass sie eine andere Lösung für den Westast möchten. Lassen Sie mich einen Sprung nach Luzern machen, wo die Bevölkerung schon etwas erreicht hat: Die A2 sollte als Stadtautobahn mit vier Spuren durch ein Quartier geführt werden. Die Quartierbevölkerung hat sich dagegen gewehrt mit dem Resultat, dass das Parlament und die Stadtregierung von Luzern nun Einspruch erheben. Die SP lanciert zusätzlich eine Volksinitiative für die BürgerInnen von Luzern. Das Volksbegehren und die Einsprache der Stadtbehörden werden der Kantonsregierung weitergeleitet. Dieses Beispiel soll als Stimulus dienen, dass die Bevölkerung doch etwas bewirken kann.

Hamdaoui Mohamed, PSR: Je ne sais pas si vous vous rappelez de "Kaiseraugst"? C'était dans les années 70 et j'avais 8-10 ans. Tout le monde disait que le nucléaire était la panacée et que grâce à ça on pourrait regarder la télévision tous les jours, jusqu'à 22h30. C'était le bonheur, le progrès. Tout à coup, les gens se sont tout de même rendu compte qu'il fallait produire des centrales nucléaires et à Kaiseraugst, il y a eu un refus de la population. En effet, personne ne connaissait les risques et problèmes que de telles centrales pouvaient engendrer. Aujourd'hui, à Bienne, la majorité de la population n'accepte pas le projet du contournement autoroutier Ouest de Bienne, tel qu'il est présenté. Si ce projet est maintenu, la Ville de Bienne prend le risque que la population descende dans la rue pour empêcher la réalisation de ce projet. Voulez-vous cela? Ce projet est en tout point absurde. Il est important d'être attentif à la voix de la population de temps à autre. Je peux vous dire que cela fait maintenant six ans que je siège au Conseil de ville et généralement il y a peu de monde à la galerie, car les gens se déplacent uniquement quand ils se sentent concernés. On se demande de manière récurrente comment intéresser la population à ce qui se passe, mais lorsque cela se produit, personne ne souhaite en tenir compte. Cela fait des mois et des mois que ces personnes manifestent leur hostilité à ce projet alors pourquoi continuer à s'entêter car on sait d'avance, qu'il n'a aucune chance d'aboutir auprès de la population. Des solutions alternatives devront être trouvées et ce projet sera au final bien plus coûteux que prévu. De grâce, adoptons ce postulat car c'est un signal fort que l'on peut donner au Canton. Je pense sincèrement, que s'il est adopté de manière assez large, on pourra dire au Canton que les biennoises et biennois ne sont pas satisfaits par la solution proposée. La Directrice des travaux publics du Canton de Berne a dit qu'elle n'était pas satisfaite avec la solution alternative. Je pense qu'elle a surtout fait preuve de collégialité, car en son for intérieur elle pensait tout à fait le contraire.

Meyer Miro, JUSO: Für einmal wage ich mich auf die Argumente der rechten Ratshälfte hinaus und möchte ihrem Erinnerungsvermögen auf die Sprünge helfen. Alle 2010 von der Arbeitsgruppe Stöckli geprüften Vorschläge für einen Autobahnbau verursachen einen wirtschaftlichen Nettoschaden in Milliardenhöhe. Das ist das Resultat der, von der Firma Metron durchgeführten und von Ihnen normalerweise heiss geliebten, Kosten-Nutzen-Analyse. Ich hoffe, Sie werden, wenn die Bagger anrollen, den Westast-Perimeter besetzen und so gegen die Verschleuderung von Steuergeldern demonstrieren. Auf eine gemeinsame Aktion freue ich mich aber wohl vergeblich. Leider lässt sich das Verhalten von ganz rechts, ausser von Frau Helbling, wie folgt beschreiben: Immer motzen, wenn ein paar tausend Franken für ein sinnvolles kulturelles oder soziales Projekt ausgegeben werden sollen. Milliarden für den Strassenbau verlocken ist dann aber zwingend notwendig. Sorry, aber deutlich gesagt, ist das Heuchelei! Doch nicht nur die Kosten-Nutzen-Analyse des Westasts ist negativ, auch die insgesamt gefahrenen Fahrzeugkilometer nehmen in allen Autobahnvarianten gegenüber einem Szenario ohne Westast zu. In einer Zeit drohender Klimakatastrophen wird nicht daran gedacht, die Pariser Klimaziele zu erreichen. Diese Gründe sollten die Bieler PolitikerInnen dazu bewegen, Position gegen dieses Wahnsinnsprojekt zu beziehen. Von den gravierenden Eingriffen in das Alltagsleben der BielerInnen während der Bauphase habe ich noch gar nicht gesprochen. Das Komitee «Westast so nicht!» präsentiert einen Alternativvorschlag. Der Berner Regierungsrat hat diesen, angeblich wegen seiner geringen Entlastungswirkung, als nicht prüfenswert abgetan. Diese Haltung ist arrogant, vorschnell und ein Schlag ins Gesicht der BielerInnen. Sämtliche Verkehrsberechnungen gehen davon aus, dass die vfm rigoros umgesetzt werden. Die heuchlerischen, bürgerlichen PolitikerInnen torpedieren diese jedoch bereits. Zudem geht es um viel mehr als um Verkehrsverlagerung. Es geht um die Menschen, die durch die Bauarbeiten schwer beeinträchtigt werden. Beispielsweise wird eine Generation während ihrer gesamten Jugend eine Stadt Biel erleben, die vom See abgeschnitten ist. Es geht um die Anliegen von 4'000 Demonstrierenden, die in einer Massenkundgebung wie ich sie in Biel in meinem Leben noch nie gesehen habe, ein grossartiges Zeichen gegen dieses Wahnsinnsprojekt gesetzt haben.

Auch wir von der JUSO wünschen uns, wie der Bieler Gemeinderat, die Erheblicherklärung des vorliegenden Postulats. Der JUSO ist, im Gegensatz zu einigen anderen, die Lebensqualität der Bevölkerung und vor allem diejenige zukünftiger Generationen nicht egal. Ich bedaure, dass die Fraktion SVP nicht begründet, weshalb sie das Postulat nicht erheblich erklären lassen will. Das finde ich beschämend. (*Applaus von der Tribüne*)

Loderer Benedikt, Grüne: Ich muss Ihnen drei bittere Wahrheiten aufs Brot streichen:

1. Eine Prozentzahl:

87% der Kosten für das Autobahnprojekt bezahlt der Bund. Autobahn ist, wenn der Bund zahlt und der Kanton diktiert! Wer bekommt am meisten Bundesgeld - das ist, was wir normalerweise Föderalismus nennen. Wer in der Schweiz nicht für den Föderalismus einsteht, ist wie Sie wissen, kein Demokrat. Diese Bemerkung nur als Fussnote dazu. Wer begriffen hat, was diese 87% bedeuten (und Sie haben das sicher sehr gut begriffen), hat keine anderen Fragen. Gemäss Regierungsrat wäre beim Alternativprojekt der Bundesanteil deutlich tiefer, weil der Bund sich voraussichtlich nur an den Kosten der Tunnelumfahrung, nicht aber am Boulevard beteiligen würde. Was heisst eigentlich «voraussichtlich»? Das heisst nichts

anderes, als dass der Kanton die Frage der Kostenübernahme noch gar nicht geklärt hat. Klar ist auch, dass das Projekt «Westast so besser» ein Gesamtpaket ist und nicht eine Zweistufenrakete. Oben und unten gehören zusammen. Soll der Autobahntunnel im Tagbau gegraben werden, nur damit der Bund den darüberliegenden Boulevard bezahlt? Was ist die Moral dieser Geschichte? Der Kanton lässt zwei Wunden, die nie verheilen werden, im Stadtkörper zu, weil er eine Senkung des prozentualen Kostenanteils des Bundes befürchtet. Obwohl er zähneknirschend zugibt, dass das Alternativprojekt billiger ist, will er die heilige Zahl von 87% nicht antasten. Die Stadt Biel bezahlt dafür mit zwei unsinnigen Löchern und mit der endgültigen Trennung vom See. Erst der Bahndamm und nun der Autograben. Biel wird den 87% geopfert.

2. Das Zählen der Autos:

Zu welchem Zweck bauen wir Autobahnen? Mitnichten für die Mobilität. Autobahnen dienen der Entlastung! Gebetsmühlenartig wird ununterbrochen wiederholt, dass der Westast in den Quartieren die ewige Ruhe bringen wird (*Gelächter*). Bloss verschwinden die Autos leider nicht! Der Anschluss spuckt sie wieder aus und - Heureka - sie sind wieder da, überall, auch in den Quartieren. Wir sollten mit dem Autozählen aufhören und mit der Stadtentwicklung beginnen. Es gibt ein Leben nach der Autobahn, das Wahre, Richtige, Wichtige. Wer verkehrliche Entlastung als Hauptziel sieht, verkennt - willentlich oder aus Blindheit sei dahingestellt - das Entscheidende. Der Städtebau ist wichtiger als die Autobahnen. Es geht um Biel und nicht um den Verkehr. Stadtverträglich und nicht autobahn-tauglich müssen wir handeln. Der Röhrenblick der Verkehrsbewältigung sieht nur Autos. Es gibt aber auch noch eine Stadt. Sie alle wissen, dass Verkehrsprobleme mit der Autobahn nicht gelöst werden können. Das einzige Rezept dagegen ist weniger Autos. Das hat übrigens schon die Gruppe der Begleitplanung herausgefunden, was jedoch niemand zur Kenntnis genommen hat. Schluss mit dem technokratischen Selbstbetrug. Das Zeitalter der städtischen Vernunft muss beginnen!

3. Betrachtungen zu einem Grundstück:

Ein Grundstück zeigt um was es geht. Das Schlachthausareal soll im Loch der Autobahn verschwinden und ist damit weg und vergeudet. «Westast so besser» spart es als strategisches Grundstück, zum Beispiel für Regierungsrat Schneggs neues Spital auf. Ohne vorhandenes Grundstück wäre der Campus nie nach Biel gekommen. Wir brauchen das Schlachthausareal in Zukunft für die Stadt Biel und nicht für die Autobahn. Auch die Seevorstadt soll geopfert werden. Möglichkeiten für eine Aufwertung der Stadt gibt es viele: Den Platz vor dem Campus, das Hervorheben des Schlosses Nidau, der Uferweg stadtseitig bis zur Zihl und - mein Lieblingsprojekt - die Biel-Schüss in der Kanal-gasse wieder sichtbar machen. Ein ehrliches Projekt sähe auf der Kanal-gasse eine Mauer vor, dann würde die Umfahung wohl genutzt.

Ich komme zum Schluss und einer üblen Bemerkung: Es gibt zur Zeit keine wichtigere Frage für die Zukunft von Biel als den Westast und wir in Biel haben dazu nichts zu sagen. Also müssen wir uns wehren. Ich schlage vor, dass wir bei den nächsten Wahlen wie folgt vorgehen: Wer für das offizielle Projekt ist, wähle irgendeine Partei. Wer für «Westast so besser» ist, wähle die Grünen! (*Gelächter*). (*Applaus von der Tribüne*)

Frank Lena, Grüne: Als ich am Dienstag im Bieler Tagblatt gelesen habe, dass der Kanton die Alternativvariante «Westast so besser» abschmettert, war ich enttäuscht.

Damit war ich wahrscheinlich an jenem Tag nicht die einzige. Obwohl dieser Entscheid nicht überraschend kam, bin ich von der Mutlosigkeit der Kantonsregierung sehr enttäuscht. Nicht zuletzt war ich auch enttäuscht über die unseriöse Prüfung des Kantons. Kaum ein Projekt hat in den letzten Jahren so viele KritikerInnen auf die Strassen in Biel gebracht, wie die Umfahrung Westast. Auch heute Abend haben sich innerhalb von zwei Tagen über einhundert Leute vor dem Stadtratssaal versammelt, was, wie ich finde, ein starkes Zeichen ist. Diese starke Stimme aus der Bevölkerung will der Kanton einfach ignorieren. Vor diesem Hintergrund ist die Enttäuschung über die oberflächliche Prüfung des Vorschlags durch den Kanton um so grösser. Laut der Antwort des Regierungsrats ist das Alternativprojekt grundsätzlich machbar, darüber hinaus günstiger und - als wichtigster Punkt - stadtverträglich. Liebe Stadtratsmitglieder, liebe Mitglieder des Gemeinderats, machen wir es besser als der Kanton und lassen das Alternativprojekt unabhängig und auf gleicher Stufe prüfen. Ich hoffe, dass heute nicht noch eine weitere Enttäuschung folgt. Ich werde das Postulat auf jeden Fall unterstützen und bin froh, dass der Gemeinderat dasselbe will. Zum Schluss danke ich allen Anwesenden auf der Tribüne für ihr Kommen. Als Bewegung und zusammen können wir das Projekt kippen und die Stadt zu etwas Besserem machen als es das Ursprungsprojekt vorsieht. Danke, so macht Politik Spass! (*Applaus von der Tribüne*)

Fehr Erich, Stadtpräsident: Das zur Diskussion stehende Projekt ist, wie Herr Loderer bereits erwähnt hat, von grosser Bedeutung für Stadt und Region. Für den Gemeinderat ist deshalb eine sehr intensive Auseinandersetzung wichtig. Grosse Werke und grosse Veränderungen nehmen immer eine lange Zeit in Anspruch, manchmal sogar Jahrzehnte. Vor einhundert Jahren wurde entschieden, den Bieler Bahnhof um 150 Meter, vom heutigen Guisanplatz zum jetzigen Standort zu verschieben. Die Distanz ist kurz, der Entscheid war jedoch fundamental. Die Bauarbeiten dauerten bis zum heutigen Anblick des Bahnhofquartiers rund 20 Jahre. Das Quartier ist in seiner Art einmalig und als schützenswert eingestuft. Natürlich sind weder das Ausführungsprojekt des A5-Westasts noch der Alternativvorschlag «Westast so besser» mit dem Bahnhofquartier vergleichbar. Ich möchte mit meiner Aussage aber aufzeigen, dass es manchmal sehr anspruchsvoll ist zu entscheiden, ohne zu wissen, was die Zukunft wirklich bringt. Solche Entscheidungen erfordern Mut. Dem Gemeinderat ist es wichtig nachfolgend festzuhalten, wie das schweizerische Politsystem und damit auch das Bieler Politsystem funktionieren. Der Gemeinderat befasst sich über einen Zeitraum von 50 Jahren mit der A5 in Biel. Sie war Gegenstand von Diskussionen und Planungen, teils wurde sie aber auch bereits realisiert, wie beispielsweise beim Ostast. Der Gemeinderat baut bei seinen Entscheiden auch auf die in dieser langen Zeit gewonnen Erkenntnisse und Vorarbeiten auf. Wir sind hier nicht in Frankreich, wo jedes Mal nach den Wahlen die Politik um 180 Grad dreht. Die Geschichte des A5-Projekts kann nicht einfach ignoriert werden. Ich betone, dass der Gemeinderat alles daran setzt, das Ausführungsprojekt zu optimieren und auf rechtllichem Weg gegen inakzeptable Mängel kämpft. Dass der Gemeinderat seine Verantwortung wahrnimmt, zeigt die städtebauliche Begleitplanung. Der Grundsatzentscheid über die Linienführung der Autobahn wird auf Bundes- und Kantonebene gefällt. Die städtebauliche Begleitplanung in Biel und Nidau befasst sich mit den Auswirkungen auf den städtischen Raum. Diese mag unvollständig oder unzweckmässig sein, der Gemeinderat hat aber seine vorausschauende Verantwortung wahrgenommen. Letztlich haben alle dasselbe Ziel: Eine möglichst hohe Lebensqualität in der Stadt Biel. Meinungsverschiedenheiten bestehen darüber,

wie das gemeinsame Ziel erreicht werden kann. Wahrscheinlich ist niemand, auch nicht die Autofahrenden, gegen verkehrsberuhigte Wohnquartiere. Bei der Befragung der aus Biel Wegziehenden wird als eine der Hauptsorgen regelmässig die Beeinträchtigung der Lebensqualität durch den Strassenverkehr genannt. Autobahnen werden heutzutage nicht mehr primär gebaut, um möglichst schnell von Kreuzlingen nach Lausanne zu gelangen, sondern auch um die städtische Agglomeration vom hausgemachten Verkehr zu entlasten. Gestützt auf Abklärungen der regionalen Arbeitsgruppe ist der Bieler Gemeinderat 2010 zu folgendem Schluss gelangt: Die beste verkehrliche Wirkung und damit die maximale Verkehrsberuhigung in den Quartieren wird über die sogenannte Stossrichtung 2 als Grundlage des heutigen Ausführungsprojekts erreicht. Ich erinnere noch einmal daran, dass dieser Arbeitsgruppe Vertretungen aus der gesamten Agglomeration angehörten. Die Stossrichtung 2 ist ein Kompromiss zwischen verschiedenen Interessen. Der Regierungsrat setzte damals eine Begleitgruppe ein, weil der Gemeinderat bereits 2010 Verbesserungen an diesem Projekt verlangte. Insbesondere forderte er eine optimale Einbettung in den Stadtraum. Einzelne Verbesserungen wurden erzielt und mit der städtebaulichen Begleitplanung wurde der Wunsch nach Einbettung in den Stadtraum aufgenommen. Auf dieser Basis bestätigte der Gemeinderat 2012 seine Zustimmung zur Stossrichtung 2 als Grundlage für das heutige Ausführungsprojekt. Angesichts dieser Vorgeschichte bringt der Gemeinderat ein gewisses Verständnis für den aktuellen Entscheid von Bund und Kanton auf. Der Gemeinderat ist auch heute noch der Meinung, dass hinsichtlich der verkehrlichen Wirkung des Ausführungsprojekts die Bedürfnisse von Stadt und Agglomeration erfüllt werden können. Im Rahmen des Einspracheverfahrens zusammen mit der Stadt Nidau forderte der Gemeinderat jedoch Verbesserungen. Er verlangte eine Reduktion der massiven Inanspruchnahme von Land für die Baustellenlogistik sowie freie, attraktive Flächen und Zugänge zum Strandboden. Ausserdem soll die Anzahl zu fällende Bäume stark reduziert werden und Bäume für Baustelleninstallationsplätze gar nicht gefällt und die dortige Natur geschont werden. Generell ist eine Bebauung im innerstädtischen Raum anspruchsvoll. Die Städte Biel und Nidau haben verlangt, dass der öffentliche und Langsamverkehr während der ganzen Bauzeit über attraktiv bleiben und der öffentliche Verkehr nicht behindert wird. Damit zusammenhängend ist auch die Realisierung der sogenannten Bahnhofspassage Ost als Velo- und Fussgängerunterführung zwischen Innenstadt, Mühlefeld, Nidau und See zu sehen. Dieses Projekt ermöglicht es diesen Verkehrsgruppen, den Johann-Verresius-Platz zu umfahren. Zusätzlich verlangt der Gemeinderat, dass während der Bauphase eine Begleitgruppe mit Vertretungen der Gemeinden und Städte, des Kantons und des Bundes eingesetzt wird, in der auf gleicher Augenhöhe diskutiert werden kann. Diese Forderungen stimmen mit denjenigen des Komitees «Westast so nicht!» überein. Der Vorschlag des Komitees fordert, die Auswirkungen der A5-Baustelle zu minimieren und weniger Bäume zu fällen. Hier bestehen keine Differenzen. Die fundamentale Abweichung zwischen offiziellem Ausführungsprojekt und anderen Vorschlägen besteht in der Gewichtung der verkehrlichen Auswirkungen und der notwendigen städteräumlichen Eingriffen. Diese Zweifel lassen sich nicht über wissenschaftliche Berechnungsmodelle beseitigen, sondern hängen von subjektiven Einschätzungen und Werthaltungen ab. Deshalb plädiert der Gemeinderat für einen Dialog. Das Komitee «Westast so nicht!» hat mit dem Alternativvorschlag «Westast so besser» einen Diskussionsbeitrag ausgearbeitet. Dieses Engagement seitens der Zivilgesellschaft ist aus Sicht des Gemeinderats verdankenswert und soll entsprechend gewürdigt werden. Die verkehrliche Wirkung des Vorschlags «Westast so besser» ist mit Blick auf die

Entlastung der Quartiere teilweise schlechter als im offiziellen Projekt. Die Bernstrasse soll gemäss Ausführungsprojekt zurückgebaut und neu für den Langsamverkehr vorgesehen werden. Mit dem Vorschlag des Komitees hingegen würden weiterhin 15'000 Motorfahrzeuge täglich die Bernstrasse befahren. Einem Argument möchte ich gleich hier zuvorkommen: Das Ziel des Rückbaus der Bernstrasse ist nicht die Gentrifizierung des Weidteilequartiers, sondern eine Verbesserung der heute unzumutbaren Verkehrssituation für die Anwohnenden. Der Verzicht auf eineinhalb Autobahnanschlüsse bringt mit sich, dass der Autobahnverkehr weniger direkt an sein Ziel geführt werden kann. Das wird in gewissen Quartieren zu entsprechend mehr Durchgangsverkehr führen. Das Projekt «Westast so besser» mit Tunnel greift weniger stark in den Stadtraum ein. Nicht gelöst ist aber die Frage der Belüftungsbauwerke. Braucht ein Tunnel in dieser Länge keine Abluftbauwerke im innerstädtischen Raum? Ein Grund, warum vor rund zehn Jahren das generelle Tunnelprojekt aus dem Jahr 1999 aufgegeben wurde, waren ebendiese unerwünschten Abluftkamine im Mühlefeldquartier.

Der Gemeinderat stellt schliesslich fest, dass der Widerstand gegen das Ausführungsprojekt ein Ausmass angenommen hat, welches sich nicht mehr ignorieren lässt. Die zu klärenden Fragen sind komplex und teilweise von subjektiven Überzeugungen geprägt und deshalb einer rein technisch-schematischen Entscheidungsfindung nicht zugänglich. Der Gemeinderat hat gar den Eindruck, dass es sich hier um eine gesellschaftspolitische Debatte handelt. Gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen sind zwischen den verschiedenen Gruppen der Zivilgesellschaft zu führen und nicht zwischen Behörden und Zivilgesellschaft. Für den Gemeinderat ist klar, dass mit der Erheblicherklärung des vorliegenden Postulats noch bestimmt werden muss, wie der Dialog für die Zusammenarbeit mit Bund und Kanton erfolgen soll. Aufgrund der regierungsrätlichen Antwort ist er überzeugt, dass ein Weg gefunden werden kann. Dem Gemeinderat ist - wie offenbar auch dem Regierungsrat - eine gute verkehrliche Wirkung des Westasts wichtig. In dieser Hinsicht schneidet das Ausführungsprojekt besser ab. Trotzdem bedauert der Gemeinderat, dass der Regierungsrat den Vorschlag «Westast so besser» in seiner Beantwortung der Grossrats-Motion «Autobahnumfahrung Biel/Westast: Fakten-Check für den Vorschlag "Westast so besser"» ohne vertiefte Prüfung ablehnt. Dies entspricht nicht der politischen Kultur in der Schweiz und trägt nicht dazu bei, die aktuell bestehenden Gräben unserer Region auszubebenen. Allerdings hat der Grosse Rat die erwähnte Motion noch nicht behandelt. Noch besteht also die Chance, dass er dem heutigen Stadtratsentscheid folgen wird. Sollte der Grosse Rat die Motion «Autobahnumfahrung Biel/Westast: Fakten-Check für den Vorschlag "Westast so besser"» nicht erheblich erklären, müssen sich die Städte Biel und Nidau überlegen, wie sie mit der Skepsis weiter Teile der Bevölkerung umgehen wollen. Die grossen Vorbehalte gegen das Ausführungsprojekt sind teilweise fundamental. Der Dialog soll mit allen InteressenvertreterInnen stattfinden, auch mit Bund und Kanton. Falls also der Grosse Rat der Regierung folgt, wird der Gemeinderat im Herbst auf das weitere Vorgehen zurückkommen. Folgende zwei Punkte sind jedoch klar:

1. Der Kanton hat im Auftrag des Bundes die Leitung des Ausbauprojekts inne. Entsprechend hat der Kanton die zurzeit diskutierten Verkehrsberechnungen ausführen lassen. Ich nehme jeweils an den Behördendelegationssitzungen zum Westast teil und mir erscheint die Distanzierung des ASTRA zum Alternativvorschlag nicht korrekt. Der Vertreter des ASTRA hat an der letzten Behördendelegationssitzung folgendes gesagt, ich zitiere: *"Für das ASTRA ist der*

Vorschlag «Westast so besser» ökonomisch nicht tragbar, weil die verkehrliche Wirkung zu gering ist. Der Alternativvorschlag löst die gestellten Verkehrsprobleme zu wenig. Diese Haltung könnte die Diskussion für einen Vergleich zwischen dem Ausführungsprojekt und dem Alternativvorschlag beeinflussen.

2. Heute wurden neue Zahlen zum Verkehrsaufkommen unter Berücksichtigung der A5-Ostumfahrung verlangt. Solche wünscht sich auch der Gemeinderat. Entsprechende Messungen müssen aber den Ostast inklusive dazugehörige vfM berücksichtigen. Eine objektive Beurteilung wird erst möglich, wenn das Gesamtpaket umgesetzt ist. Aus verschiedenen Gründen können im Moment noch keine aussagekräftigen Zahlen vorgelegt werden. Unter anderem muss die Wirkung des Ostasts und der vfM über ein ganzes Jahr hinweg untersucht werden.

Der Gemeinderat setzt sich für einen gemeinsamen Dialog ein, erwartet aber einen respektvollen Umgang untereinander. Für das Ausführungsprojekt zu sein und Biel trotzdem gern zu haben, soll genauso möglich sein wie die gegenteilige Meinung zu vertreten.

Scheuss Urs, Grüne: Der Vorstoss wird bestritten. Ich stelle deshalb den **Antrag auf Abstimmung mit Namensaufruf**.

Bohnenblust Peter, FDP: Ich stelle den **Antrag auf geheime Abstimmung**, so kann die Stadtratspräsidentin auch abstimmen.

Scheuss Urs, Grüne: Ein Antrag betreffend Stimmabgabe braucht gemäss Art. 59 Abs. 3 und 4 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21) bloss die Unterstützung von 15 Stadtratsmitgliedern. Für einen Ordnungsantrag braucht es meines Wissens eine einfache Mehrheit. Ich finde es deshalb unfair, wenn die beiden Anträge nun gegenübergestellt werden.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Wie Herr Scheuss richtig anmerkte, erfolgt eine Abstimmung unter Namensaufruf gemäss Art. 59 Abs. 3 auf Begehren von mindestens 15 Stadtratsmitgliedern. Ich werde also zuerst klären, ob dies zutrifft. Anschliessend werde ich die Anträge von Herrn Scheuss und Herrn Bohnenblust einander gegenüberstellen (*Unruhe im Saal*).

Suter Daniel, PRR: Dans ce cas précis, c'est l'art. 59 al. 5 du Règlement du Conseil de ville (RDCo 151.21) qui s'applique et qui dit: "*Si une proposition de scrutin secret est opposée à une proposition de scrutin par appel nominal, le Conseil de ville décide par assis et levé, sans discussion.*"

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Die beiden Anträge heben sich in diesem Sinne auf. Wir stimmen also über die Erheblicherklärung des Postulats ab. (*Unruhe im Saal*) Wie ich gerade informiert werde, müssen die beiden Anträge von Herrn Scheuss und Herrn Bohnenblust trotzdem gegenübergestellt werden...

Abstimmung

- Gegenüberstellung des Antrags von Herrn Scheuss auf Abstimmung unter Namensaufruf und des Antrags von Herrn Bohnenblust auf geheime Abstimmung.

Der Antrag von Herrn Scheuss obsiegt gegenüber dem Antrag von Herrn Bohnenblust.

(Applaus von der Tribüne)

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats das Postulat 20170382 «"Westast so besser" mit Ausführungsprojekt "Westumfahrung Biel" auf gleicher Stufe vergleichen» erheblich zu erklären

Nachname	Vorname	Ja	Nein	Enthaltung
Arnold	Marc	x		
Arnold	Niels	x		
Augsburger	Dana	x		
Beriger	Michelle	x		
Bohnenblust	Peter	x		
Bord	Pascal	x		
Briechle	Dennis	x		
Brunner	Thomas	x		
Cadetg	Leonhard		x	
Clauss	Susanne	x		
Diop	Mamadou	x		
Fischer	Pascal		x	
Francescutto	Luca		x	
Frank	Lena	x		
Gonzalez Vidal Bassi	Glenda	x		
Grupp	Christoph	x		
Gugger	Reto	x		
Günther	Muriel	x		
Hamdaoui	Mohamed	x		
Helbling	Beatrice	x		
Känzig	Urs	x		
Kaufmann	Stefan	x		
Koller	Levin	x		
Külling	Urs	x		
Leuenberger	Bernhard	x		
Loderer	Benedikt	x		
Meyer de Stadelhofen	Miro	x		
Ogi	Pierre	x		
Paronitti	Maurice	x		
Pittet	Natasha	x		
Rebetez	Maurice	x		
Rindlisbacher	Hugo		x	

Rochat	Julien		x	
Roth	Myriam	x		
Scheuss	Urs	x		
Schmid	Judith	x		
Schneider	Sandra		x	
Schneider	Veronika		x	
Schor	Alfred	x		
Sprenger	Titus	x		
Steinmann	Alfred	x		
Stocker	Julien	x		
Strobel	Salome	x		
Suter	Daniel	x		
Tanner	Anna	x		
Torriani	Isabelle	x		
Vlaiculescu	Christiane	x		
Wächter	Olivier		x	
Wendling	Cécile	x		
Widmer	Patrick		x	
Wiederkehr	Martin	x		
Wiher	Max	x		
Zumstein	Joël		x	
Total		43	10	0

Der Antrag des Gemeinderats, das Postulat erheblich zu erklären, wird mit 43 JA-Stimmen zu 10 NEIN-Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen. (*Applaus von der Tribüne*)

88. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20180161 Fahrende an der Schwanengasse

Schneider Veronika, SVP: Ich beantrage die Dringlichkeit der Interpellation aufgrund der aktuellen Situation an der Schwanengasse. Danke für Ihre Unterstützung.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch: 20.00 Uhr - 21.00 Uhr

89. Dringliches überparteiliches Postulat 20170381, Urs Scheuss, Grüne, Dana Augsburg-Brom, SP, Judith Schmid, PdA, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Glenda Gonzalez, PSR, «Internes Kontrollsystem für die Stadt Biel»

(Text des Vorstosses und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

(Anmerkung RAT: Der Vorstoss wurde als Motion eingereicht, verwaltungsintern nachträglich aber als Postulat behandelt. Die Behandlung des Vorstosses als Postulat wurde von den Urhebenden seit Anbeginn bestritten.)

Der Gemeinderat beantragt, den Vorstoss als Postulat erheblich zu erklären.

Scheuss Urs, Grüne: Vorab danke ich dem Stadtratsbüro (SRB) für die Abklärung und das veranlasste Gutachten zur Frage der Motionsfähigkeit des vorliegenden Vorstosses. Das im Vorstoss thematisierte Anliegen ist kein politisch linkes oder rechtes. Der Konflikt ergab sich vielmehr zwischen dem Parlament und der Regierung über das sensible Thema "gute Verwaltungsführung". Auf die formaljuristischen Argumente möchte ich nicht eingehen, aber zum materiellen Teil der Beantwortung des Gemeinderats. Die Antwort zeigt, dass sich der Gemeinderat noch nicht lange mit einem internen Kontrollsystem (IKS) auseinandersetzt. Er strebt ein IKS der Stufe 3 von 5 möglichen Stufen an. Das IKS bezieht sich aber nicht nur auf die Organisation der Verwaltung, sondern auch auf deren Prozesse. Es gibt Prozesse mit grösserem Risiko, wo das IKS entsprechend eingreifen sollte und eventuell eine höhere Stufe sinnvoller wäre. Es geht um Schlüsselprozesse, bei denen es um viel Geld geht und die viele Schnittstellen aufweisen, vor allem zwischen den einzelnen Direktionen. Solche Prozesse sind besonders risikoreich wenn sie neu organisiert werden. Die Kreditabrechnung 20010192 «Koordinierte Lichtsignalanlagen Ländte-, Aarberg- und Salzhausstrasse», bei der rund CHF 1,5 Mio. zu viel ausgegeben, respektive zu wenig veranschlagt wurden, ist so ein Fall und Auslöser für vorliegenden Vorstoss. Der Gemeinderat überlässt die Weiterentwicklung des IKS neuen Experten. Nichts gegen Experten, aber damit ein IKS funktioniert, muss es von allen getragen werden. Auch sozusagen als Chefsache muss es im Verwaltungsalltag gelebt werden. Ein funktionierendes IKS beinhaltet betriebskulturelle Aspekte, die ebenso wichtig sind wie formelle Kontrollvorschriften. Der Gemeinderat ist von einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Anliegen des vorliegenden Vorstosses weit entfernt. Allein dieser Punkt rechtfertigt eine Motion. Die Urhebenden wollen, dass der Gemeinderat das IKS umsetzt, nicht dessen Umsetzung prüft und einen Bericht dazu verfasst, wie es ein Postulat verlangt. Schliesslich ist es letztlich am Stadtrat, faule Kreditabrechnungen zu genehmigen und die Verantwortung dafür zu übernehmen. Fehler können passieren. Der Stadtrat kann jedoch die Verantwortung für Fehler nicht übernehmen, wenn er nicht alles zu deren Vermeidung unternommen hat. Ich danke für die Erheblicherklärung des Vorstosses als Motion.

Frank Lena, GPK: Normalerweise ergreift die GPK nur für Berichte des Gemeinderats das Wort. Weil sie aber das unzureichende IKS bei der Stadt Biel schon seit Jahren thematisiert, macht die Kommission für vorliegenden Vorstoss eine Ausnahme. Die GPK wird von der externen Revisionsstelle seit Jahren auf das ungenügende IKS in der Stadt Biel aufmerksam gemacht. Ich zitiere dazu aus dem Revisionsbericht des damaligen Revisionsorgan BDO AG über die Jahresrechnung 2016: *"Im Schlussbericht 2012 wurde durch PriceWaterhouseCoopers festgehalten, dass das IKS nur wenig formalisiert ist und gemeinderätliche Vorgaben bezüglich der Ausgestaltung und Überwachung fehlen. Seitens der Finanzdirektion wurde im 2014 ein Implementierungs-Konzept erstellt und damit die Grundlagen für die Einführung eines entsprechenden formalisierten IKS geschaffen. Dabei wurde für die Verantwortlichen klar, dass bei einer dezentralen Organisation finanzrelevanter Prozesse die Implementierung über alle Direktionen zu erfolgen hat. Aufgrund der*

engen personellen Besetzung und der Priorisierung des HRM2 Projektes konnte das Projekt IKS auch im 2016 nicht umgesetzt werden." BDO hielt es ferner im Prüfbericht explizit für notwendig, die dem Anliegen der vorliegenden Motion entsprechende Bemerkung festzuhalten. Der Auszug aus dem Revisionsbericht beweist, dass der Gemeinderat seit mindestens sechs Jahren über das mangelhafte IKS informiert ist. Die GPK hatte schon mehrfach vom Gemeinderat die Einführung eines angemessenen IKS verlangt. In seinen Antworten hat der Gemeinderat jeweils festgehalten, dass er diese Ansicht teilt, gleichzeitig jedoch immer wieder Gründe geltend gemacht, weshalb sich die Umsetzung verzögert. Einmal waren es Personalwechsel, ein anderes Mal andere, wichtigere Projekte. Fakt ist, dass immer noch kein angemessenes IKS eingeführt ist. Letztmals wurde der GPK Ende 2017 die Ausarbeitung eines Zeitplans für die Umsetzung eines IKS in Aussicht gestellt. Bis heute hat die GPK jedoch keine weiteren Informationen. In der Beantwortung des Vorstosses durch den Gemeinderat steht, dass die GPK im September 2018 informiert werden soll. Die dargebrachten Ausführungen, weshalb noch kein IKS eingeführt ist, unterscheiden sich in keiner Art und Weise von den bisher vorgebrachten Gründen. Dieses Mal war es der Abgang der Leiterin des Bereichs Finanzen. Mit der neuen Leitung ab 1. Mai 2018 soll nun das IKS angegangen werden. Für die GPK ist diese Aussage ein Déjà-vu. Wie bis anhin, wird in der Beantwortung des Gemeinderats kein konkreter Termin für die Umsetzung genannt. Bleibt die Frage, ob die GPK die ihr zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft hat. Da die GPK faktisch über keine anderen Instrumente verfügt, als den Gemeinderat immer wieder aufzufordern, ein IKS einzuführen und eine Umsetzung nicht erzwingen kann, hat sie die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft. Gemeinderat und Stadtkanzlei sind überzeugt, dass die Einführung eines IKS in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderats liegt. Somit hätten weder der Stadtrat noch die GPK das Recht, Forderungen zu stellen und somit sei das Anliegen auch nicht motionsfähig. Aus diesem Grund wandelte die Stadtkanzlei, entgegen dem Willen des SRB, die Motion in ein Postulat. Das vom SRB in Auftrag gegebene externe Gutachten hält demgegenüber fest, dass das Anliegen in seiner ursprünglichen Form motionsfähig ist. Dem Stadtrat und der GPK bleibt sonst nur noch die Möglichkeit, die Stadtordnung (SGR 101.1) bezüglich der parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten anzupassen. Im Rahmen der laufenden Totalrevision der Stadtordnung könnten die entsprechenden Änderungen auch vorgenommen werden.

Warum ist ein IKS wichtig für die Stadt Biel? Es hat zum Ziel, durch regelmässige Prüfungen sicherzustellen, dass die finanziellen Prozesse in der Stadtverwaltung korrekt verlaufen. Ein wie vorliegend ungenügendes IKS erhöht die Finanzrisiken für die Stadt Biel, es drohen Reputationsschäden und die Wahrscheinlichkeit doloser Handlungen steigt. Ein mangelhaftes IKS ist umso schwerwiegender, weil darüber hinaus noch zwei zusätzliche Risiken nicht abgedeckt sind:

1. Verpflichtungskredite werden nicht zeitgerecht abgerechnet, sondern erst mit viel Verspätung. Auftauchende Fragen können deshalb teilweise nicht beantwortet werden, weil das Wissen in den einzelnen Projektteams nicht mehr vorhanden ist. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Nachkredit für das Geschäft 20010192 «Koordinierte Lichtsignalanlagen Ländte-, Aarberg- und Salzhausstrasse».
2. Für öffentliche Beschaffungen besteht die Gefahr, dass Vorgaben des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB; SR 172.056.1) von der Stadt Biel nicht eingehalten werden.

Nach Ansicht der GPK geht die Stadt Biel ohne IKS ein unnötiges, sehr hohes Risiko ein. Die GPK wird den Gemeinderat weiterhin ermahnen, ein IKS zügig einzuführen. Die Umsetzung muss jetzt aber endlich an die Hand genommen werden. Die GPK empfiehlt deshalb ebenfalls, das Anliegen als Motion erheblich zu erklären. Wir hoffen, dass der Gemeinderat endlich vorwärts macht und bekanntlich stirbt die Hoffnung ja zuletzt...

Cadetg Leonhard, FDP: Die ganze Angelegenheit ist mehr als peinlich. Die Fraktion FDP unterstützt das Anliegen, sei es in Form eines Postulats oder einer Motion. Zum Glück wurde das Anliegen aber nun als motionsfähig eingestuft.

Suter Daniel, PRR: Je tiens à montrer mon étonnement sur la manière dont cette affaire s'est déroulée, ceci à partir d'une situation relativement simple et banale, sans lui ôter son importance. La Chancellerie municipale dépasse sa compétence en transformant une motion en un postulat, alors que le Bureau du Conseil de ville l'avait qualifiée comme motion. À partir de cette situation, je trouve préoccupant de devoir en arriver à une expertise de 12 pages pour éclaircir cet état de fait et connaître le droit dans cette situation. Si une communication plus ou moins saine existait entre les organes concernés et peut-être un brin d'autorité, je m'imagine que cette question aurait pu se régler en deux heures de travail maximum et non en plusieurs semaines. Je trouve cette situation déplorable et j'estime que cela ne devra plus se reproduire à l'avenir. D'ailleurs, le Bureau du Conseil de ville a clarifié en 2015 les compétences pour les qualifications du contenu des interventions et donc cela ne devrait plus poser problème. Toutefois, si des questions d'ordre juridique subsistent, il est possible de faire appel au service compétent de l'Office des affaires communales et de l'aménagement du territoire (OACOT), qui est gratuit. Au lieu de faire appel à l'OACOT, une experte d'un bureau d'avocats de Zurich a été mandatée! Sur le fond, je soutiens la proposition du Conseil municipal d'adopter le contenu de cette intervention comme postulat. Je souhaiterais néanmoins avertir qu'un système de contrôle interne (SCI) trop compliqué va ralentir l'exécution du travail à fournir, comme cela se passe déjà au sein de l'Administration cantonale. Toutefois, je comprends entre les lignes que le Conseil municipal ne souhaite pas en arriver là.

Wiher Max, GLP: Die Fraktion GLP unterstützt die vorliegende Motion. Für das Vorgehen der Stadtkanzlei in dieser Sache gibt es nur ein Wort und das ist "skandalös".

Augsburger-Brom Dana, SP: Inhaltlich hat die Fraktion SP/JUSO das vorliegende Anliegen nicht lange diskutiert. Der Fall ist klar, die jetzige Situation ist ungenügend. Die Fraktion SP/JUSO stellte sich die Frage, für wie lange die Einführung eines IKS verzögert werden kann. Der Gemeinderat steht bei vom Stadtrat festgestellten Unstimmigkeiten und Verzögerungen in einzelnen Projekten in der Pflicht. Ein IKS würde den Gemeinderat absichern. Seine Aussagen, wonach die Umsetzung in Folge von Personalwechseln nicht möglich war, sind unglauwbüdig. Ein weiterer Diskussionspunkt in der Fraktion SP/JUSO war der Handlungsspielraum des Stadtrats aufgrund der fruchtlosen Aufforderungen der GPK. Die Fraktion SP/JUSO akzeptiert keine weitere Verzögerung. Der Stadtrat muss hier dranbleiben und der Gemeinderat muss ihn über den Fortschritt der Umsetzung auf dem Laufenden halten. Vielleicht kann die zuständige Gemeinderätin das weitere Vorgehen ausführen?

Steidle Silvia, directrice des finances: Parlons peu, parlons du système de contrôle interne (SCI)! Monsieur Scheuss, finalement la question de l'intervention ne se pose pas et a peu d'impact sur le SCI. Celui-ci est au centre des préoccupations de ce Parlement, de la Commission de gestion (CDG) mais également du Conseil municipal. Dans sa réponse, ce dernier décrit comment il va procéder pour l'introduction du SCI standardisé au lieu et en place du système de contrôle informel, sachant que tous les domaines de l'Administration ne sont pas au même niveau. En effet, certains possèdent des niveaux de contrôle surveillés, notamment pour les domaines où le Canton l'exige. L'OACOT recommande effectivement un système de contrôle plus élevé pour notre Ville. On parle de système de niveau 3, en vue de son importance. L'OACOT indique cependant, vous l'avez lu Madame Augsburg-Brom, qu'un niveau informel vécu a beaucoup plus d'importance qu'un niveau standardisé, qui finit dans les tiroirs. Je vous rassure tout de suite, ce n'est pas ce que le Conseil municipal souhaite. Le Conseil municipal s'est donné les moyens de réaliser ses ambitions et a engagé Monsieur Ryser en tant que nouveau responsable des finances, une personne qui pourra le faire. Monsieur Scheuss, ce n'est pas un expert externe mais un nouveau chef, qui a déjà introduit dans son activité précédente un système de contrôle efficace et reconnu par les réviseurs. Monsieur Ryser s'est attelé à la tâche et présentera le 31 mai 2018 à la CDG les premiers plans sur l'introduction d'un système de contrôle standardisé, comme vous le savez Madame Frank, même si vous parlez du mois de septembre. En ce sens, Monsieur Scheuss, je ne vais pas vous demander d'accepter que votre intervention soit adoptée et radiée du rôle comme étant réalisée, mais sachez que c'est une affaire qui roule et que vous serez informé des progrès dans ce domaine.

Scheuss Urs, Grüne: Um Missverständnisse in dieser wichtigen Angelegenheit auszuräumen, stelle ich folgendes klar: Ich sagte in meiner vorherigen Wortmeldung nicht, dass der mit der Einführung des IKS Verantwortliche ein externer Experte sei. Das Problem ist, dass das Projekt einer Fachperson zur Umsetzung übergeben wird. Ein IKS muss in der ganzen Verwaltung von oben nach unten gelebt werden. Ein funktionierendes IKS beeinflusst auch die Betriebskultur und beinhaltet mehr als nur Formulare auszufüllen.

Steidle Silvia, directrice des finances: Merci pour cette précision, nous n'avons pas de différents.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Scheuss, den Vorstoss als Motion erheblich zu erklären.

Der Antrag wird angenommen.

90. Dringliches überparteiliches Postulat 20170383, Dennis Briechle, GLP, Dana Augsburger-Brom, SP, Salome Strobel, SP, Urs Scheuss, Grüne, «Das Tor zur Altstadt als Begegnungszone»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Briechle Dennis, GLP: Es geht im vorliegenden Postulat um den namenlosen Platz an der Mühlebrücke, der den Eingang zur Altstadt an der Burg- und Schmiedengasse bildet. Das Thema Strassenbenennung wird im Stadtrat immer wieder diskutiert. Den Platz als Mühlebrücke zu bezeichnen wäre nicht korrekt, da die Mühlebrücke eigentlich grösser ist und ein längeres Strassenstück betrifft. Zurzeit werden die Schmiedengasse und die Untergasse, die von diesem Platz abgehen, neu gestaltet. Dies nahmen die PostulantInnen als Anstoss, den Platz, ich nenne ihn hier «Mühlebrücke», in die künftige Begegnungszone einzubeziehen. Einige der Aussagen in der Beantwortung des Gemeinderats haben mich erstaunt. Der Gemeinderat schreibt, dass die Gestaltung der Untergasse/Schmiedengasse für den weiterführenden Platz an der Mühlebrücke zwingend übernommen werden muss, da die Wirkung als Tor zur Altstadt sonst verloren ginge. Mir leuchtet diese Begründung nicht ein. Die Schmiedengasse und die Untergasse werden im Bereich des «St. Gervais» und im Bereich der Einmündung des Kirchgässli als Platz gestaltet und nicht als Strasse. Im Bericht des Gemeinderats an den Stadtrat zur Neugestaltung der Altstadt wurde festgehalten, ich zitiere: "*Bei der Einmündung des Kirchgässli in die Schmiedengasse und ab der Kirchmauer bis zum «St. Gervais» wird die Oberfläche als Platz gestaltet.*" Diese Gestaltung könnte für den Bereich an der Mühlebrücke ebenso übernommen werden. Der Gemeinderat schreibt in seiner Beantwortung weiter, dass die Signalisation einer Begegnungszone am Rande dieses Platzes die Zufahrt zum Platz erschweren würde. Genau das wünschen sich die PostulantInnen. Die Zufahrt soll erschwert werden und nur noch für Anwohnende oder Lieferanten möglich sein. Ausserdem soll der Platz nicht mehr als Parkplatz dienen. Der Gemeinderat schreibt, dass eine Begegnungszone eine Unterscheidung zwischen Fahr- und Gehbereich aufweisen muss. Ich stimme dem zu, denn ohne Markierungen vereinnahmt der Verkehr den Platz. Die Stadt Biel hat nun aber in der Vergangenheit bewiesen, dass es anders geht. Die meisten Begegnungszonen, mit Ausnahme des Zentralplatzes, haben keine Unterscheidung zwischen Fahr- und Gehbereich. Die Begegnungszone in der Gartenstrasse vor dem «Haus pour Bienne» ist überhaupt nicht gestaltet. Auch die kürzlich fertiggestellte Begegnungszone in der Nelkenstrasse ist nicht in Geh- und Fahrbereich unterteilt. In der Obergasse kann man sich darüber streiten, ob es eine solche Unterteilung gibt. Die Unterscheidung der Bereiche ist im Bereich Untergasse und Schmiedengasse durch die Verlegung eines sogenannten «Führungselementes» gewährleistet. Dieses Führungselement könnte quer über den Platz bis zur Fussgängerrampe verlängert werden. Zuletzt schreibt der Gemeinderat, dass die Lichtsignalanlage an der Mühlebrücke versetzt werden müsste. Mir erschliesst sich dieses Argument nicht, da die Verkehrsführung nicht geändert würde. Ich erinnere daran, dass die Mühlebrücke im Rahmen der Leitungssanierung vor einigen Jahren teilweise aufgerissen werden musste und der Platz stellenweise noch geteert ist. An dieser Stelle muss also neu gepflästert werden. Ich denke, mit einer Begegnungszone an der Mühlebrücke würde die Altstadt noch zusätzlich aufgewertet. Aus diesem Grund **beantrage ich, das Postulat** erheblich zu erklären aber **nicht abzuschreiben**.

Rochat Julien, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Le Groupe UDC/Les Confédérés estime qu'il n'est pas nécessaire d'étendre la zone de rencontre de la rue des Maréchaux jusqu'à la Place située au Pont-du-Moulin. Cela ne serait pas valorisant pour le trafic routier ainsi que pour les piétons et comme le Conseil municipal l'a très bien expliqué, la situation actuelle est bonne. Il n'est donc pas nécessaire de dépenser encore de l'argent pour quelque chose qui n'est pas valorisant. Notre groupe propose donc de suivre la proposition du Conseil municipal en adoptant le postulat interpartis et en le radiant du rôle comme étant réalisé.

Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO kann die Argumentation des Gemeinderats nicht nachvollziehen. Warum sind zwingend zusätzliche Anpassungen nötig? Wo ein Wille ist, ist doch auch ein Weg! Die visuelle Unterscheidung von Fahr- und Gehbereich liesse sich mit einfachen Mitteln lösen ohne den Charakter des Platzes zu verändern. Hier wird die Chance vertan, eine für den Fussverkehr wichtige Achse auszuweiten. Die Fraktion SP/JUSO geht sogar noch weiter: Was fehlt, ist eine Verbindung von der Nidaugasse zur Altstadt. Die Kanalgrasse trennt diese beiden Stadtteile. Warum wurde nicht auch die Nidaugasse miteinbezogen und so ein Fussgängerverbindung zwischen Alt- und Neustadt geschaffen? Der Verkehr auf der Nordachse hat abgenommen, was die Chance für eine Neugestaltung eröffnet. Die Fraktion SP/JUSO ist von der Antwort des Gemeinderats enttäuscht. Statt die Chance zu packen, wird zu unserem Bedauern auf mögliche Stolpersteine verwiesen...

Loderer Benedikt, Grüne: Herr Briechle, Sie unterscheiden das Entrée nicht vom Korridor. Durch das Entrée kommt man hinein und als netter Gast fragt man: "Muss ich die Schuhe ausziehen?" Anschliessend betritt man den Korridor oder den «Reinraum». Sie möchten jetzt den Korridor ausdehnen. Der Platz funktioniert so wie er ist wunderbar. Lassen Sie die Situation so wie sie ist. Alle die wunderbaren und gut gemeinten Verbesserungsvorschläge für die Altstadt sind zum grössten Teil Kosmetik. Ich empfehle dem Stadtrat, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Kaufmann Stefan, FDP: Die Fraktion FDP wird dem Antrag des Gemeinderats folgen. Warum muss etwas, das funktioniert ohne Not geändert werden? Der Platz funktioniert so wie er ist wunderbar. Unter der Woche ist er meistens leer. Am Samstagmorgen verkehren dort Fussgänger. Die wenigen Autofahrenden können nur im Schrittempo fahren, was soweit gut funktioniert. Es ist unnötig, dort zusätzliche Aufwendungen für eine Umgestaltung zu unternehmen. Die Stadt hat dringendere Projekte.

Suter Daniel, PRR: J'aimerais signaler, suite au traitement précédemment du postulat 20170381, la signification de l'intervention en tant que postulat. Elle a été déposée comme postulat et il s'agit bien d'un postulat car son contenu est une demande de mise en place d'une mesure de circulation. Une telle demande est de la compétence du Conseil municipal. Le Conseil de ville ne pourrait donc pas imposer la mesure souhaitée par motion et à juste titre un postulat a été choisi. Je voulais juste souligner cette différence entre motion et postulat, afin de démontrer l'importance de la qualification de l'intervention.

En ce qui concerne le postulat 20170383, que nous traitons maintenant, je trouve aussi que la création d'une zone de rencontre dans ce secteur ne comporterait des avantages ni pour la mobilité douce ou pour le trafic individuel motorisé, ni pour la

sécurité. Toutefois, sur un plan libéral j'ai plutôt tendance à dire: "Si cela fonctionne ainsi pourquoi doit-on changer quelque chose!".

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich danke Ihnen für die Einreichung des vorliegenden Vorstosses. Der Übergang von der Mühlebrücke zur Altstadt ist immer wieder Gegenstand von Diskussionen. Die Altstadt wurde bereits zu einem grossen Teil umgestaltet. Jetzt könnte noch der Platz an der Mühlebrücke in eine Begegnungszone mit Tempo 20 umgebaut werden. Ich verstehe den Versuch, tendenziell die Verkehrsgeschwindigkeit zu reduzieren. Für die Verkehrssicherheit und das Zusammengehen der verschiedenen Verkehrsteilnehmenden macht eine Temporeduktion Sinn, sie ist jedoch nicht überall gleich gut geeignet. Damit Begegnungszonen funktionieren, müssen gewisse Anforderungen erfüllt sein. Ein Aspekt ist beispielsweise möglichst gleichmässiger motorisierter Verkehr und Fussverkehr, weil sonst die Regeln kaum respektiert werden. Vorliegend gibt es aber auch bezüglich der Vorschriften Probleme. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort versucht, dies darzulegen. Eine Baubewilligung wird nur erteilt, wenn die Rahmenbedingungen eingehalten werden. Der Fussverkehr muss behindertengerecht ausgestaltet werden. Die Plätze beim «St. Gervais» und bei der Kirche liegen mitten in der Begegnungszone. Sie sind mit der Situation an der Untergasse / Schmiedengasse am Rand der Altstadt nicht vergleichbar. An der Mühlebrücke müsste eine Durchfahrtsmöglichkeit vorgesehen sein, die den jetzigen Charakter des Platzes aber völlig verändern würde. Der Gemeinderat möchte aber den informellen Charakter des Platzes und damit die erhöhte Aufmerksamkeit der motorisierten Verkehrsteilnehmenden erhalten. Die Forderung im vorliegenden Postulat schränkt den Gemeinderat zu stark ein. Als Tor zur Altstadt eine Begegnungszone vorzusehen, ist eine Gestaltungsmöglichkeit, die der Gemeinderat nach eingehender Prüfung nicht empfiehlt. Der Einbezug der Neustadt als Verbindung zur Altstadt stellt jedoch eine wichtige Überlegung dar, die auch der Gemeinderat anstellt. Aufgrund der zu einschränkenden Formulierung des Anliegens empfiehlt der Gemeinderat deshalb, das Postulat zwar erheblich zu erklären, aber auch als erfüllt abzuschreiben.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Die Erheblicherklärung des Postulats ist nicht bestritten. Wir stimmen über die Abschreibung ab.

Abstimmungen

- über den Antrag der PostulantInnen, das Postulat nicht abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt. Das Postulat wird somit erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.

91. Postulat 20170320, Roland Gurtner und Ruth Tennenbaum, Passerelle, «Bekämpfung des achtlosen Wegwerfens (Littering) von Zigarettkippen und anderem Kleinabfall im öffentlichen Raum»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Sprenger Titus Passerelle: Die Beantwortung des Gemeinderats auf das Anliegen des vorliegenden Postulats zeigt, dass in der Vergangenheit bereits einiges gegen Littering unternommen wurde. Dies jedoch sporadisch und eher zufällig ohne klares Ziel und erkennbare Strategie oder messbares Ergebnis. Der Gemeinderat antwortet nur beschränkt auf die geforderten Massnahmen und lässt viele Punkte offen. Wie regelmässig beispielsweise die "*regelmässigen Abstände*" sind, innert welchen die Bevölkerung auf das Littering aufmerksam gemacht wird, bleibt ebenso offen wie die Fragen, wieviele Bussen auf Bieler Gemeindeboden wegen Littering ausgestellt wurden oder ob die bisherigen Massnahmen gewirkt haben. Konkrete Zahlen wurden nicht erfragt, aber die schwammigen Formulierungen in der Beantwortung zeigen, dass die Stadt Biel im Kampf gegen das Littering ziemlich planlos unterwegs ist. Der Gemeinderat hat scheinbar nicht die Absicht daran etwas zu ändern. Ganz im Gegensatz beispielsweise zur Stadt Fribourg, die bereits das No-Littering-Label erhalten hat. Die Anforderungen für dieses Label sind nicht extrem hoch. So hat die Stadt Fribourg 17 Massnahmen gegen das Littering definiert. Von solchen Anstrengungen ist die Stadt Biel weit entfernt. Der Gemeinderat schreibt - wie in fast jeder zweiten Antwort auf parlamentarische Vorstösse - dass kein Geld vorhanden ist. Soll also der Abfall auch in Zukunft einfach liegen gelassen werden, so dass die Kosten für das Strasseninspektorat weiterhin hoch bleiben? Es könnte doch auch gegen die Verursachenden vorgegangen werden! Die Einnahmen aus den Bussen könnten für den Kampf gegen das Littering eingesetzt werden. Der Gemeinderat widerspricht sich in seiner Antwort selber, indem er vorschlägt, weitere, günstige Massnahmen zu prüfen und gleichzeitig verlangt, das Postulat als erfüllt abzuschreiben. Dadurch bliebe die Frage offen, wie der Gemeinderat das Littering bekämpfen will, sollte das Postulat bereits abgeschrieben werden. Aufgrund dieser widersprüchlichen und schwammigen Antwort des Gemeinderats und der Entwicklung in anderen Gemeinden, **stelle ich den Antrag, das Postulat zwar erheblich zu erklären, aber nicht abzuschreiben.**

Suter Daniel, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR propose au Conseil de ville de suivre l'avis du Conseil municipal d'adopter et de radier du rôle ce postulat. En effet, l'intervention demande essentiellement la mise sur pied d'une campagne d'information et de sensibilisation contre l'abandon de mégots et autres petits déchets. Suite à la réalisation de cette campagne, il est demandé d'adopter une démarche plus répressive fondée sur une collaboration avec la Police cantonale. Le Conseil municipal quant à lui, propose plutôt un travail à long terme mais constant et cela me semble plus constructif. Monsieur Sprenger parle de manque de stratégie, mais on peut dire que l'intervention elle-même ne souhaite pas vraiment une stratégie, mais plutôt un grand coup de poing afin de sensibiliser la population. Il est vrai que la sanction et la répression viennent après l'information. Il est aussi juste de dire que la réponse au postulat ne donne pas de précisions sur le nombre d'amendes infligées pour violation de la Loi sur les déchets (LD 822.1) et qu'il serait intéressant de connaître ces chiffres.

Il serait aussi bien que l'Inspection de police de la Ville de Bienne puisse infliger des amendes d'ordre au lieu de devoir faire des dénonciations.

Francescutto Luca, UDC: Il suffit de parcourir la Ville de Bienne au petit matin, notamment le weekend pour se rendre compte de l'incivilité d'une certaine jeunesse. Le centre-ville, notamment aux abords de la Coupole, ressemble à un dépotoir géant où traînent à même le sol des cigarettes, des canettes, des bouteilles et des restes de Kebab, sans compter les tas de vomissures. Certaines personnes me diront: *"Il faut que jeunesse se passe!"* Mais, il n'est pas normal qu'aux abords de la Coupole, on ne se trouve pas de poubelles adéquates. La rue Centrale n'est pas épargnée, mais là au moins les responsables des locaux de fêtes passent un coup de balais après la fermeture, avant de rentrer se coucher. Ni les responsables de la Coupole, ni la Ville de Bienne ne veulent partager les frais de la mise en place de poubelles adéquates. J'ai déjà entendu dire à mainte reprise: *"Il y a des gens qui sont payés pour ramasser les détritrus"*. Après avoir sensibilisé, il faudrait obliger les responsables à nettoyer. Le reste de la Ville est tout de même assez propre, mis à part les arrêts de bus et les lieux publics, où les fumeurs jettent tout simplement leurs mégots devant la porte. Je crois que les fumeurs sont déjà les pires pollueurs de notre planète. Je ne crois pas que dépenser des milles et des cents pour de la prévention soit la bonne solution, quand la plupart des gens sont simplement mal éduqués!

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Das Erscheinungsbild des öffentlichen Raums ist in der Stadt Biel ein Dauerthema. Wenn ich daran denke, wie die städtischen Strassen in der Vergangenheit manchmal ausgesehen haben, sind aber heute durchaus Fortschritte zu verzeichnen. Die Direktion für Soziales und Sicherheit (DSS) hat Anstrengungen unternommen. Die Stadt Biel hat sehr wohl eine langfristig ausgelegte Strategie, wie mit dem Thema Littering umzugehen ist. Verwaltungseinheiten wie das Strasseninspektorat, die Einheit Sicherheit-Intervention-Prävention (SIP), die Spezialdienste und die Kantonspolizei setzen die Strategie um und kontrollieren deren Einhaltung. Die Anzahl der ausgesprochenen Bussen hat im letzten Jahr von rund 160 auf 200 zugenommen und die Kantonspolizei hat zusätzliche 50 Bussen ausgestellt. Dabei werden keine grossen Einnahmen generiert, sondern Ziel ist eine Signalwirkung. Zur Bekämpfung von Littering werden neben der Bussenausstellung weitere Massnahmen umgesetzt. Beispielsweise wird die Erteilung von Betriebsbewilligungen im Gastgewerbe mit Auflagen verbunden. Die Betriebe werden verpflichtet, auch in der weiteren Umgebung bis kurz vor Betriebsschluss aufzuräumen und genügend Abfalleimer aufzustellen. In Zukunft sollen ferner vermehrt liegen gelassene Kleinabfälle geahndet werden. Bereits heute hat der Gemeinderat die Kompetenz, solche Übertretungen zu ahnden. Das kantonale Polizeigesetz erlaubt aber nicht die Feststellung der Personalien der Delinquierenden. Mit dem neuen kantonalen Polizeigesetz, welches kurz vor der Inkraftsetzung steht, soll sich dies ändern.

Der Gemeinderat wird in Zukunft vermehrt gegen Littering tätig. Einmalige grosse Aktionen lehnt er jedoch klar ab. Wie in der Beantwortung ausgeführt, stehen die Kosten solcher Aktionen in keinem Verhältnis zu deren Wirkung. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, die bestehende und seit Jahren mit grossem Erfolg umgesetzte Strategie weiterzuführen. Das ganze Sicherheitskonzept wird derzeit ebenfalls überprüft und gegebenenfalls angepasst. Sowohl Littering als auch das öffentliche Erscheinungsbild der Stadt spielen im neuen Sicherheitskonzept eine Rolle. Der

Gemeinderat ist bestrebt, das Kernanliegen des vorliegenden Postulats weiterhin umzusetzen und beantragt daher, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Sprenger Titus Passerelle: Der Widerspruch in der Beantwortung des Gemeinderats ist für mich noch nicht gelöst. Dort steht: "*Der Gemeinderat erklärt sich hingegen gerne bereit, Massnahmen - wie die in der Begründung zum Postulat angeführten - welche ohne den Einsatz erheblicher Finanzmittel realisiert werden können, zu prüfen.*" Ich hätte gerne eine Antwort, welche Massnahmen wie geprüft werden sollen. Ich denke, niemand im Stadtrat opponiert, wenn Massnahmen ohne zusätzliche Kosten geprüft werden und der Gemeinderat darüber berichtet. Ich halte an meinem Antrag fest.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Ich habe mich wohl zu wenig klar ausgedrückt: Der Gemeinderat prüft, ob in Zukunft das Hinterlassen von Kleinabfällen verstärkt geahndet werden kann, sofern die kantonalen Rahmenbedingungen dies zulassen. Im Rahmen der Überarbeitung des Sicherheitskonzepts werden die Themen Litterung und Erscheinungsbild des öffentlichen Raums ebenfalls geprüft und allenfalls angepasst.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Die Erheblicherklärung des Postulats ist nicht bestritten. Wir stimmen über die Abschreibung ab.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Sprenger, das Postulat nicht abzuschreiben.

Der Antrag wird abgelehnt. Das Postulat wird somit erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.

92. Überparteiliches Postulat 20170319, Salome Strobel, SP, Christoph Grupp, Grüne, Glenda Gonzalez, PSR, Dennis Briechle, GLP, «Begegnungszone Bubenberg-Strasse»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Strobel Salome, SP: Wie beim Postulat 20170383 «Das Tor zur Altstadt als Begegnungszone» zum Platz an der Mühlebrücke zeigt auch im vorliegenden Fall der Gemeinderat keinen Willen, das Anliegen umzusetzen, wie die knappe Antwort zeigt. Mir scheint, dass der Gemeinderat das Anliegen nicht ernst nimmt. Eine Begegnungszone könnte zu einer massgeblichen Verkehrsberuhigung beitragen. Vor allem das Kernanliegen der PostulantInnen, nämlich die Sicherheit der Kinder der nahen Krippe und der BesucherInnen des Stadtparks könnte damit verbessert werden. So bleibt uns nur die Hoffnung, dass die Dauer für eine wohlwollende Prüfung unseres Anliegens und die allfällige Umsetzung kürzer sind als die gemeinderätliche Antwort...

Leuenberger Bernhard, FDP: Der Stadtrat spricht bereits zum zweiten Mal heute Abend über Begegnungszonen. Sollen diese als Allerweltsmittel für bessere Verkehrssicherheit und Verkehrsberuhigung erhalten? Ich warne vor diesem Trugschluss! VerkehrsteilnehmerInnen, die sich nicht an die Regeln halten wird es immer geben. Auf der anderen Seite wiegen sich FussgängerInnen in Fussgängerzonen in falscher Sicherheit. Die FussgängerInnen in einer Begegnungszone sind dort nicht sicherer, sondern unter Umständen gar einer höheren Gefahr ausgesetzt. Frau Strobel, ich möchte Sie warnen davor zu vermitteln, dass eine Begegnungszone sicherer ist und zudem zur Verkehrsberuhigung beiträgt. Im Gegensatz zu Tempo-30-Zonen gelten nämlich in Begegnungszonen keine Vortrittsregeln für Fussgänger. Die Fraktion FDP unterstützt deshalb den Antrag des Gemeinderats.

Helbling Beatrice, SVP: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen unterstützt die Einführung einer Tempo-30-Zone und lehnt eine Tempo-20-Zone ab.

Steinmann Alfred, SP: Ich erinnere an die Begegnungszone am Zentralplatz als Vorbild. Die gegenseitige Rücksichtnahme zwischen Langsam- und Autoverkehr funktioniert dort gut. Warum also nicht diese Regelung an einem Ort einführen, wo besonders viele Kinder und FussgängerInnen unterwegs sind?! Eine weitere Begegnungszone in der Stadt Biel finde ich wichtig und die Bubenberg-Strasse wäre ein geeigneter Ort.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Der Gemeinderat schlägt vor, das Postulat erheblich zu erklären. Das ist nicht bestritten. Vor kurzem hat der Stadtrat über «eine Tempo-30-Zone Bubenberg» abgestimmt und beschlossen, dass vor dem Stadtpark und der Ernst-Schüler-Strasse eine Erhebung eingebaut wird, um den Verkehr zu verlangsamen. Der Fussgängerübergang des Schulweges an der Bubenberg-Strasse wurde ferner mit baulichen Massnahmen abgesichert. Der Gemeinderat hat nicht vor, die ganze Bubenberg-Strasse zu einer Begegnungszone mit Tempo 20 umzugestalten. Dennoch beantragt er aber die Erheblicherklärung des Postulats. Er schreibt in seiner Antwort: *"Allgemeine Überlegungen zu einer oder mehreren Begegnungszonen im Bereich der General-Dufour- und der Bubenberg-Strasse werden zu einem späteren Zeitpunkt angestellt."* Der Gemeinderat kann sich durchaus vorstellen, dass sich dieser Perimeter für Begegnungszonen eignet, vorgängig wird der Gemeinderat aber die Tempo-30-Zone umsetzen.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

93. Überparteiliches Postulat 20170321, Dennis Briechle, GLP, Levin Koller, JUSO, Christoph Grupp, Grüne, «Den Neumarktplatz als städtischen Platz stärken»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Briechle Dennis, GLP: Ich mache es kurz. Die Postulanten sind von der Beantwortung des Gemeinderats befriedigt. Letzte Woche hat der Gemeinderat mit dem entsprechenden Projekt begonnen. Die Postulanten hoffen, dass ihre Überlegungen in dieses Projekt zur Gestaltung des Neumarktplatzes einfließen und umgesetzt werden.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

94. Überparteiliches Postulat 20170318, Sandra Schneider, SVP, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Dennis Briechle, GLP, «Melde-Plattform für Mängel und Schäden der städtischen Infrastruktur»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 7)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Schneider Sandra, SVP: Die Einführung einer Meldeplattform für Mängel und Schäden an der städtischen Infrastruktur könnte nun an die Hand genommen werden. Die PostulantInnen sind mit dem Antrag des Gemeinderats einverstanden und danken für die Unterstützung.

Günther Muriel, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO ist mit den PostulantInnen einig. Eine gut erhaltene städtische Infrastruktur ist ein erstrebenswertes Anliegen. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort aber zurecht, dass eine solche Meldeplattform mit grossem Ressourcenaufwand und Mehrausgaben der öffentlichen Hand verbunden ist. Überraschend, dass ein solches Anliegen ausgerechnet von Frau Schneider, einer Vertreterin der SVP eingereicht wurde. Aus diesem Grund sieht die Fraktion SP/JUSO das Anliegen auch nicht ganz so unkritisch wie der Gemeinderat. Inakzeptabel wäre für uns ein Ressourcenabbau zugunsten der Meldeplattform in einem anderen Bereich. Liebe Frau Schneider, wenn Sie uns versichern, dass Sie und die Fraktion SVP/Die Eidgenossen sich für die nötigen personellen und finanziellen Ressourcen einsetzen ohne Einsparungen und Kürzungen in anderen Bereichen vorzunehmen zu wollen, kann die Fraktion SP/JUSO der Erheblicherklärung des Postulats grossmehrheitlich zustimmen.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Der Gemeinderat hat das Projekt der Stadt Zürich, «Züri wie neu» genauer angeschaut. Deren Erfahrungen waren positiv. Die Meldeplattform wird rege genutzt. Auf der anderen Seite jedoch, und das hat der Gemeinderat in seiner Antwort erwähnt, müssen gemeldete Mängel innert einer kurzen Frist - in Zürich innert 48 Stunden - beantwortet werden. Danach vergehen in Zürich zwei Wochen bis die Mängelbehebung angegangen wird, wobei nicht jeder Mangel sofort behoben werden kann. Dort aber, wo etwas bewirkt werden kann, erfolgt dies sinnvollerweise schnell. Das bedingt genügend Ressourcen in der Stadtverwaltung. In Zürich fallen die hohen Kosten dieses Projekts im Verwaltungsaufwand an. Nichtsdestotrotz empfiehlt der Gemeinderat dem Stadtrat, das Anliegen genauer prüfen zu lassen und anschliessend einen Umsetzungsvorschlag zu diskutieren.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

95. Überparteiliches Postulat 20170317, Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, Peter Bohnenblust, Fraktion FDP, «Keine Schliessung der Bermenstrasse»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 8)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Schneider Sandra, SVP: Der Verkehr in Biel ist ein leidiges Thema. Überall wo die Stadt neue Verkehrsführungen umsetzt, gibt es rote Köpfe, Gehepe und immer mehr Gefluhe. Die Leute sind genervt - auch ich. In den letzten Wochen wurden Strassen gesperrt, andernorts Einbahnverkehr signalisiert oder unnötige Ampelanlagen, wie diejenige an der Mettstrasse, installiert. Kann künftig noch mit dem Auto durch die Stadt gefahren werden? Die Autofahrenden werden in Biel immer mehr ausgegrenzt. Ein Zusammenspiel aller Verkehrsteilnehmenden ist jedoch notwendig. Die Bermenstrasse beschäftigt Herrn Bohnenblust und mich schon länger, weil die Strasse über längere Zeit gesperrt war. Das ansässige Gewerbe hat sich dagegen gewehrt. Die Anwohnenden lancierten eine Petition und sammelten innert kurzer Zeit über 1'000 Unterschriften. Der Gemeinderat macht aber weiter wie bisher und riskiert dadurch die Ausblutung des lokalen Gewerbes. Die PostulantInnen haben den vorliegenden Vorstoss zwecks Unterstützung des Gewerbes und der Anwohnenden eingereicht. Der Gemeinderat hat aber bis jetzt nicht reagiert. Frau Baudirektorin, was braucht es noch, damit Sie einsehen, dass Sie mit der geplanten Schliessung der Bermenstrasse für den Verkehr auf dem Holzweg sind? Die Anwohnenden wehren sich nun zusätzlich auf juristischem Weg und haben Einsprache erhoben. Die PostulantInnen sind daher der Meinung, dass der vorliegende Vorstoss nicht abgeschrieben werden soll, solange das juristische Verfahren noch läuft und **beantragen** deshalb, **das Postulat** erheblich zu erklären aber **nicht abzuschreiben**. Danke für die Unterstützung.

Koller Levin, JUSO: Der Ostast ist nun fertig gebaut. Dessen Ziel war es, die Stadt Biel vom Verkehr zu entlasten, wofür nun auch noch flankierende Massnahmen umgesetzt werden müssen. Diese sogenannten verkehrlich flankierenden Massnahmen (vfM) müssen konsequent eingeführt werden. Das alleine reicht aber nicht aus. Weitere Massnahmen sind notwendig, um den Alternativverkehr zum motorisierten Individualverkehr (MIV) zu stärken. Das bedeutet, der Veloverkehr muss gefördert und sicherer gemacht und das Angebot des öffentlichen Verkehrs muss ständig verbessert werden. Verkehrspolitik, die nur in den MIV investiert, hat im Kontext des Klimawandels keine Zukunft. Ich bedaure, dass der Gemeinderat den Verkehr durch die Bermenstrasse weiterhin, allerdings nur als Einbahnverkehr führen will. Die ursprünglich angekündigte Schliessung hätte ich vorgezogen. Mir missfällt auch, dass die Bermenstrasse zur Zeit wieder in beide Richtungen befahrbar ist. Das aktuelle Verkehrsregime zeigt jedoch, dass das Lindenquartier ohne Einbahnverkehr an der Bermenstrasse weiterhin von rücksichtslosem und störendem Durchgangsverkehr geplagt wird.

Nun zur Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Autobahn ist nun da. Die dazugehörigen flankierenden Massnahmen lehnen Sie jetzt aber ab. Ich frage mich, was Sie eigentlich wollen. Anscheinend wollen Sie freie Fahrt für den MIV und damit noch mehr Verkehr, Lärm und Schadstoffe!? Das ist vielleicht Ihre Politik aber nicht diejenige künftiger

Generationen. Der Fall Bermenstrasse zeigt exemplarisch, wie die Bürgerlichen verkehrspolitisch ticken. Der Gemeinderat kommt Ihnen aus fachlichen Überlegungen entgegen, Sie aber wehren sich auch gegen diesen gemässigten Kompromissvorschlag. Offensichtlich wollen Sie mit dem vorliegenden Postulat nicht die Totalschliessung der Bermenstrasse verhindern und auch den KMU nicht helfen. Sie bekämpfen die vfM generell! Das ist keine konstruktive Verkehrspolitik. Die SVP und Herr Bohnenblust verhindern damit eine zukunftsfähige Mobilitätspolitik und sabotieren die Anstrengungen des Gemeinderats, die Lebensqualität in der Stadt Biel zu verbessern. Für mich ist klar: Ihre Politik ist asozial und kurzsichtig gegenüber künftigen Generationen. Ihr Widerstand gegen die vfM hat jedoch auch sein Gutes: Mit jedem Postulat, jeder Petition und jeder Stellungnahme in den Medien gegen die vfM helfen Sie mit, den Gemeinderat davon zu überzeugen, dass der Westast vielleicht doch nicht so eine gute Idee ist. Der Gemeinderat kann aus den Erfahrungen der letzten Monate lernen, dass FDP und SVP keine verlässlichen Partner sind. Dass der Gemeinderat einen Westast ohne vfM will, wage ich zu bezweifeln. Wenn ich mir Ihr Verhalten und die von Ihnen eingereichten Vorstösse anschauere, bin ich zuversichtlich, dass sich der Gemeinderat gegen das offizielle Ausführungsprojekt für den Westast stellen wird. In diesem Sinne, vielen Dank für Ihre Hilfe. Zusammen verhindern wir den Westast!

Fischer Pascal, Die Eidgenossen: Von den Velofahrenden kann man halten was man will, gleiches gilt für die JUSO! Entweder mag man sie oder eben nicht. Die gezielten Angriffe der Linken auf bestimmte Personen bereiten mir nicht erst seit gestern Mühe. Der Stadtrat tagt, um gemeinsam zu diskutieren und eine mehrheitsfähige Lösung zu finden. Wenn alle auf ihrer vorgefassten Meinung beharren, bringt uns das nicht weiter. Schlussendlich entscheidet das Wahlvolk, wen es unterstützt. Mich erstaunt immer wieder, wie intelligent linke PolitikerInnen sind. Sie wissen immer ganz genau, was wir alle wollen! Machen Sie anständige Politik ohne immer alles besser wissen zu wollen! Sie drohen immer wieder mit rechtlichen Mitteln vorzugehen und Gerichtsverfahren...

Bohnenblust Peter, FDP: Das Leben ist einfach, bewegt sich das Denken in einem schwarz-weiss-Raster. Zwischentöne sind nicht gefragt. Versuchen Sie doch manchmal auf die Zwischentöne im Stadtrat zu hören. Die Fraktion FDP beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben. Ich halte kurz folgende Punkte fest: VfM unterscheiden sich bezüglich der Sachverhalte. Es gibt diejenigen, die in direktem Zusammenhang mit dem Ostast stehen. Die vfM an der Bermenstrasse ist keine solche Massnahme. Es handelt sich um eine vfM, die das Quartier betrifft. Auch ich bin für den Schutz vor Schleichverkehr in den Quartieren. Die Tempo-30-Zone in der Bermenstrasse wird von den Beschwerdeführenden nicht bestritten. Ist aber ihre Schliessung zum heutigen Zeitpunkt ohne Erfahrungswerte sinnvoll? Die Baudirektorin äusserte sich gegenüber einer Zeitung, dass eingereichte Vorstösse keine Rolle spielten, weil der Gemeinderat sowieso mache, was er für richtig halte. Deshalb verbleibt jetzt nur noch der Weg über eine Beschwerde. Die Urhebenden des Postulats sind für verhältnismässige Massnahmen an der Bermenstrasse. Mit dem Westast haben diese nichts zu tun. Wenn vom Emissionsschutz gesprochen wird, denken Sie daran, dass Umwege für den MIV infolge Strassensperrungen die Umwelt noch mehr belasten...

Koller Levin, JUSO: Herr Fischer, ich habe auch gerne Lösungen. Aber was haben Sie für Lösungen für den Klimawandel oder zur Reduktion der Lärmemissionen und der Schadstoffe?

Scheuss Urs, Grüne: Ich habe eine Frage an Frau Schneider: Im Zusammenhang mit dem heute diskutierten Vorstoss zum Westast hat der Stadtpräsident informiert, dass einer der Gründe für einen Wegzug von Biel der Verkehr ist. Die vFM und die Massnahme an der Bermenstrasse helfen mit, dass weniger Verkehr die Stadt quert. Meine Frage ist nun, warum die Urhebenden des Postulats möchten, dass die Menschen aus Biel wegziehen? Das wäre für das lokale Gewerbe auch nachteilig, weil die Agglomerationsbevölkerung nicht mehr im Stadtzentrum einkaufen würde. Somit würde die Stadt ausgehöhlt.

Ogi Pierre, PSR: Je refuse d'être criminalisé car j'emploie ma Vespa ou ma voiture. Il est vrai que pendant 34 ans, durant l'été, j'ai parcouru le trajet Mâche - Madretsch en Vespa. Tout à coup, les rues ont été fermées et il fallait parcourir deux kilomètres supplémentaires, quatre fois par jour. Mes frères habitent à Madretsch et ils devraient passer par la Place de la Croix et d'autres détours inimaginables. À force de bloquer les rues, les personnes qui travaillent et habitent en Ville de Bienne sont lésées. Je ne suis pas UDC, mais je suis pour les voitures quand elles sont nécessaires et il faut arrêter de criminaliser les propriétaires de véhicules. Pour exemple, essayez de prendre un bus depuis le Büttenberg jusqu'au cimetière de Madretsch. Il vous faudra 1h30. J'ai moi-même été interdit de circuler à la route de la Berme et ceci en vélomoteur. Faut-il vraiment se rendre à pied au travail chaque matin? En tant que socialiste, je suis souvent interpellé par des gens qui critiquent cette interdiction de véhicules à moteur dans notre Ville, car ils veulent simplement vivre comme bon leur semble. Pour toutes ces raisons, je soutiens la proposition d'adopter le postulat mais de ne pas le radier du rôle

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Ich kann Ihnen mitteilen, dass die Schweiz soeben den Viertelfinal der Eishockey-Weltmeisterschaft mit 3:2 gegen Finnland gewonnen hat. *(Applaus)*

Clauss Susanne, SP: Herr Bohnenblust, ich kann Ihre Erinnerung auffrischen. Als meine Tochter fünf oder sechs Jahre alt war, haben wir uns bereits für eine Verkehrsberuhigung an der Bermenstrasse eingesetzt. Meine Tochter ist jetzt 26 und mich betrübt, dass wir immer noch über dieses Thema diskutieren.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Frau Schneider wird die Frage von Herrn Scheuss mit ihm persönlich diskutieren.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Die Diskussion zum vorliegenden Vorstoss bestätigt, was ich fast jeden Tag erlebe. Verkehr ist ein emotionales Thema und die Meinungen dazu gehen weit auseinander. Der Gemeinderat verfolgt bei den vFM deshalb eine klare Linie und versucht diese nicht stur aber konsequent umzusetzen. Herr Bohnenblust, Sie haben den Richtplan der vFM als Folge der Ostumfahrung erwähnt. Ihre Äusserung ist richtig, die Massnahme an der Bermenstrasse ist in diesem Richtplan nicht näher umschrieben. Im Gegensatz dazu aber die Unterführung an der Mett- / Madretschstrasse, wo die neue Verkehrsführung genau festgehalten ist. Im Richtplan ist die Bermenstrasse aber wie folgt erwähnt: "... dass nicht zu Hauptverkehrsachsen zählende Strassen ausschliesslich dem Quartierverkehr dienen sollen. Dies betrifft insbesondere Sammel- und Quartierverbindungsstrassen wie die Bermenstrasse." Das bedeutet, dass der Kanton für den Ostast grundsätzlich voraussetzt, dass dieser die Quartiere vom

Durchgangsverkehr entlastet, zumal zusätzliche flächendeckende Verkehrsberuhigungsmassnahmen umgesetzt werden. Welche Vorkehren sind für eine Anbindung der Bermenstrasse an die Quartiere Mösli und Linde die besten? Mittels einer Tempo-30-Zone wird die Verkehrsgeschwindigkeit reduziert. Der Gemeinderat ist aber überzeugt, dass eine Temporeduktion allein nicht ausreicht um den Schleichverkehr im Lindenquartier zu unterbinden. Weitere Vorkehren, kombiniert mit Massnahmen im Lindenquartier, sind deshalb notwendig.

Frau Schneider, Sie haben zugehört, als sich verschiedene Personen über die Schliessung der Bermenstrasse aufregten. Es gibt aber auch solche, die bei der Baudirektion anrufen und nachfragen, wann die Bermenstrasse für den Durchgangsverkehr gesperrt wird und sich über den Schleichverkehr im Lindenquartier beklagen. Der Gemeinderat muss in solchen Situationen konsequent vorgehen und den Schleichverkehr mit verhältnismässigen Massnahmen unterbinden. Er ist überzeugt, dass die Einbahnlösung eine solche verhältnismässige Massnahme darstellt. Die Bermenstrasse ist auch ein Schulweg und mit der Ost-Umfahrung kann den Velofahrenden und Fussgängern zusätzliche Verkehrsfläche zurückgegeben werden. Für den motorisierten Verkehr wird die Bermenstrasse also neu im Einbahnverkehr geführt, für den beidseitigen Veloverkehr werden auf der Bermenstrasse separate 1,80 m breite Streifen markiert. Diese neue Verkehrsführung bringt den Velofahrenden mehr Sicherheit und mehr Platz und wertet das angrenzende Wohnquartier auf. Das vorliegende Anliegen des Postulats liegt sowohl bezüglich der vFM wie auch vom Finanzrahmen her in der Kompetenz des Gemeinderats. Er beantragt deshalb, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Fischer Pascal, Die Eidgenossen: Eine Verständnisfrage an Sie Frau Schwickert: Wurde den Velofahrenden die Bermenstrasse früher einmal weggenommen, wenn die Verkehrsfläche jetzt an sie zurückgegeben werden soll? Den Indianern wurde ihr Land auch weggenommen und soll ihnen wieder zurückgegeben werden. Ich habe als Autofahrer über Benzin, Versicherungen und Steuern diese Strasse bezahlt. Wieso wird mir diese jetzt weggenommen und an jemanden übergeben, der nicht einmal für CHF 20 eine Velovignette lösen muss?!

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Herr Fischer, diese Strasse wie alle anderen auf Gemeindegebiet bezahlt die Bieler Bevölkerung und sie steht allen zur Verfügung, auch den Velofahrenden. Die Bermenstrasse ist ein gutes Beispiel, um den Velofahrenden mehr Platz zurückzugeben. Auch sie haben ein Anrecht darauf, in der Stadt sicher zirkulieren zu können und auch sie bezahlen Steuern...

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Die Erheblicherklärung des Postulats ist nicht bestritten. Wir stimmen über die Abschreibung ab.

Abstimmungen

- über den Antrag der Urhebenden, das Postulat nicht abzuschreiben.

Der Antrag wird abgelehnt. Das Postulat wird somit erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.

96. Interpellation 20170324, (Sakitha Kugathas, PSR), Caroline Jean-Quartier, PSR, «Sozialhilfereglement: Offene Fragen im Hinblick auf eine Verbesserung der Verfahrenstransparenz»

Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 9)

Die Interepllantin ist von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

Vlaiculescu-Graf Christiane, PSR: Permettez-moi de reprendre l'interpellation déposée par mes deux camarades et de réagir point par point à la réponse du Conseil municipal.

1. Il n'est toujours pas possible d'avoir un accès direct aux documents donnant les informations nécessaires relatives à l'aide sociale et cela depuis des années. Combien de temps l'actualisation du site internet de la Ville va-t-elle prendre? Comment pouvez-vous justifier de l'impossibilité d'accès à l'information? Il ne faudrait pas oublier, que l'on parle d'êtres humains et non de numéros ou de dossiers. Une actualisation du site internet permettrait certainement de décharger les employé(e)s concerné(e)s, voir même d'accélérer la phase administrative. Encore faut-il que cela soit voulu par la Ville et ceci sans parler de l'information aux citoyens qui pourraient, par la même occasion, se rendre compte des difficultés pour les demandeurs de l'aide sociale. Il est important de relever, qu'une demande traitée est certes une charge pour les services sociaux, mais elle est aussi et avant tout une aide pour la société. Auriez-vous peur que des cas traités plus rapidement soient incitatifs?
2. La réponse du Conseil municipal dit que les services concernés proposent d'office certaines prestations. Par contre, comment voulez-vous que les demandeurs de l'aide sociale sachent si ce qu'on leur dit est exact? Un cas m'a été cité d'une femme à qui on n'a pas précisé que son petit enfant avait un droit prioritaire d'être pris en charge dans une crèche. Ces éléments ne figurent pas sur le site ou s'ils figurent, c'est le site qui est inaccessible. Comment voulez-vous qu'on le sache? Les démarches prennent un certain temps et cela peut être compris par tout le monde. Par contre, un dossier ne démarre et n'est pris en charge qu'une fois que tous les documents ont été rassemblés. Que se passe-t'il en attendant que la machine se soit mise en mouvement? Il ne faudrait pas encore oublier que l'on parle d'êtres humains et souvent d'enfants, dont on dit qu'ils sont l'avenir de la société!
3. Dans ce point, il est parlé de procédures d'intervention d'urgence. Comment sont-elles définies et par qui? Dans sa réponse le Conseil municipal dit: "*Les situations d'urgence sont en principe ...*", cela voudrait-il dire "pas obligatoirement" ou est-ce un problème de traduction?
4. La question était de savoir si les familles étaient informées d'office des avantages dont peuvent bénéficier leurs enfants. La réponse mentionne surtout les différents rabais dont elles peuvent profiter. Quelles sont les autres possibilités offertes aux familles? Comment les familles peuvent-elles être certaines qu'elles ont reçu toutes les informations nécessaires? Imaginez un demandeur de l'aide social qui ferait une remarque sur le fait qu'il n'a pas reçu toutes les informations. Comment pensez-vous que son dossier serait traité?
5. Ce point mentionne les langues parlées par les assistants et assistantes sociaux. Il ne faudrait pas oublier que beaucoup de demandeurs de l'aide sociale parlent une des deux langues officielles et que dans la mesure du possible, ils sont pris en charge par une personne de leur communauté. Très souvent les personnes

travaillant dans des services sociaux d'une des communautés concernées ne sont pas très bienveillantes vis-à-vis de leurs compatriotes qui atterrissent à Bienne et auraient besoin d'être assistés. Il n'est pas non plus fait mention du temps que les assistants sociaux disposent par dossier. Ont-ils vraiment suffisamment de temps?

Il ressort de ce que je viens de vous dire que je reste sur ma faim, car plusieurs questions sont encore ouvertes. À mon avis, tout devrait être accessible à toutes les personnes afin d'avoir une vraie transparence. C'est le principe même d'un système social moderne. Je ne suis donc pas satisfaite des réponses du Conseil municipal.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Wer sich mit Sozialarbeitenden beschäftigt, stellt fest, dass man es mit Menschen zu tun hat, die für andere Menschen da sind. Im vorliegenden Vorstoss begegnet mir jedoch ein Misstrauen gegenüber der Sozialarbeit in der Stadt Biel. Ich kann Ihnen versichern, dass sich unsere Sozialarbeitenden sensibel, motiviert und mit grossem Engagement für Menschen in Not einsetzen. Jeder Sozialhilfebeziehende ist anders, steckt in einer anderen Situation und hat andere Bedürfnisse. Ein für alle Situationen gültiges Notfallverhalten zu definieren ist nicht möglich. Notfälle können ganz unterschiedlich aussehen. Die Abteilung Soziales hat zum Glück nur selten Notfälle zu behandeln, wird aber immer wieder mit anderen heiklen Situationen konfrontiert. Abstrakte Normen und Formulierungen helfen hier nicht. Hingegen haben wir nichts zu verbergen. Leider verfügt die Abteilung Soziales noch nicht über die Internetumgebung, die es ihr ermöglicht, ihre Richtlinien zu veröffentlichen. In seiner Beantwortung hat der Gemeinderat festgehalten, dass die Stichwörter der Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz (BKSE) jederzeit auf deren Internetseite abrufbar sind. Die notwendigen Informationen werden von den Mitarbeitenden an die Sozialhilfebeziehenden weitergeleitet. Das gehört zu ihrer täglichen Arbeit. Die Personalressourcen der Abteilung Soziales wurden in den letzten zwei Jahren um 15% erhöht, um mehr Zeit für die Betreuung der Sozialhilfebeziehenden zu haben. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass damit das Ziel, Sozialhilfebeziehende aus ihrer Abhängigkeit wieder in die Selbständigkeit zu entlassen, besser gewährleistet werden kann. Um die Arbeit des Sozialdienstes weiterhin zu stärken hat der Gemeinderat gerade kürzlich erneut zusätzliche Stellen in der Abteilung Soziales bewilligt.

97. Interpellation 20170322, Luca Francescutto und Olivier Waechter, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Sind alle Bieler Moscheen von islamistischen Imamen unterwandert?»

Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 10)

Die Interepellanten sind von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Francescutto Luca, UDC: Je remercie le Conseil municipal d'avoir traité notre interpellation. Si je me réfère à la réponse concernant la première question, le Conseil municipal dit : "*Les individus prêchant dans les mosquées biennoises sont connus des organes municipaux compétents.*" Si tel est le cas, l'imam ayant fait dernièrement la Une des journaux était donc connu du Conseil du municipal. Pourquoi n'a-t-il pas été dénoncé auprès des autorités compétentes? Pourquoi est-il resté en place si

longtemps, sans que personne ne le dénonce? J'ose espérer que ce cas restera isolé et que cela ne se reproduira plus. Bienne possède une trop forte partie de sa population qui peut se laisser facilement embobiner par des personnes malsaines. Non, nous ne voulons pas qu'un jour un quartier comme Madretsch devienne le "Molenbeek" suisse. Un de nos élus veut apposer une vignette de l'islam dite "propre" sur la porte d'entrée des mosquées dites "normales". Cela revient un peu à afficher un autocollant qui dit moteur "propre" sur un diesel! Bonne initiative me direz-vous, mais cela signifie et prouve que certaines autres mosquées sont rongées par un mal intérieur. Voilà ce qui me fait peur pour l'avenir de notre pays. Je suis malgré tout satisfait de la réponse du Conseil municipal.

Hamdaoui Mohamed, PSR: Monsieur Francescutto, vous savez à quel point j'ai de l'affection et de l'estime pour vous. Je n'ai pas envie de lancer un débat aujourd'hui, mais on ira boire un verre afin de partager nos points de vue. Je pense que s'il y a quelqu'un dans cet hémicycle qui aurait le droit d'avoir de la haine pour les imams radicaux, c'est bien moi. En effet, ils ont foutu ma vie en l'air en tuant la jeune femme que j'aimais, il y a 30 ans. Ce n'est malgré tout pas une raison pour essayer de bafouer l'État de droit. C'est la question fondamentale qui est posée à travers cette interpellation. Une discussion a eu lieu au Grand-Conseil, il y a deux mois, sur une motion qui venait de votre parti, Monsieur Francescutto, qui voulait justement "fliquer" les imams, C'est un Conseiller d'État radical qui a dit que l'on ne pouvait pas faire une chose pareille, sans expliquer pourquoi les imams et non des pasteurs, des rabbins ou je ne sais quel représentant religieux. Les islamistes attendent de pouvoir foutre en l'air notre État de droit alors, sous prétexte de les combattre, ne commençons pas à nous automutiler, car cela signifierait que l'on a déjà perdu.

Waechter Olivier, UDC: Je vous rejoins complètement Monsieur Hamdaoui. Je veux toutefois juste rappeler que l'islam n'est pas encore reconnu comme religion officielle en Suisse. Je suis athée et c'est peut-être pire, je ne sais pas. Ces dernières années, que ce soit en Suisse ou à l'étranger cette religion a toujours été impliquée dans divers délits. L'UDC veillera toujours à préserver les valeurs judéo-chrétiennes de notre société et les us et coutumes de notre pays. Il prendra soin, comme vous Monsieur Hamdaoui, de veiller à bannir toute propagande néfaste et anticonstitutionnelle dans les mosquées biennoises.

Gugger Reto, BDP: Ich möchte eine kleine Übersetzungsübung mit Ihnen machen. Ich bitte die deutschsprachigen Stadtratsmitglieder für einmal die französische Beantwortung zu lesen und die französischsprachigen StadträtInnen den deutschen Text. Beim Vergleich der Antwort auf Frage 1 des vorliegenden Vorstosses ergibt sich eine unterschiedliche Aussage. In der französischen Version steht, dass "alle" Prediger bekannt sind. In der deutschen Version ist an derselben Stelle die Rede von "einzelne" sind bekannt. Ich möchte vom Gemeinderat wissen, welches die Originalsprache der Beantwortung ist und wo der Übersetzungsfehler liegt.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Entschuldigen Sie bitte den Fehler: Der Text in deutscher Sprache ist die Originalversion. Im Moment werden die Verzeichnisse von der zuständigen Stelle erneut überprüft und allenfalls angepasst. Zum Zeitpunkt der Beantwortung der vorliegenden Interpellation waren nicht alle Personen bekannt, richtig ist also "einzelne Personen".

Grupp Christoph, Grüne: Ich bin über Ihre Antwort erstaunt Herr Feurer. Können Sie mir sagen, auf welcher gesetzlichen Grundlage Sie alle Predigenden in Bieler Moscheen erfassen?

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Wir berufen uns nicht auf eine gesetzliche Grundlage sondern sind im Dialog mit den Moscheen in Biel und stellen die entsprechenden Fragen.

98. Interpellation 20170323, (Caroline Jean-Quartier und Sakitha Kugathas, PSR), Glenda Gonzalez, PSR, «Geschwindigkeit: Gleiche Spiesse für alle Bielerinnen und Bieler»

Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 11)

Die Interepllantin ist von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

Gonzalez Glenda, PSR: Je remercie le Conseil municipal pour cette brève réponse. Il en ressort que la Ville de Bienne n'est pas bien informée de ce qui se passe concernant la mise en place de la fibre optique à Bienne. En 2011, il avait été communiqué, à grand fracas, dans la presse qu'une collaboration était envisagée entre Swisscom et ESB afin d'accélérer la mise en place de la fibre optique dans la Ville. Il est peu de dire que la Ville de Bienne a, sur ce coup-là, manquée de vision d'avenir, car aujourd'hui la fibre optique devient indispensable au niveau professionnel, de la formation et de la vie quotidienne. Pour information, je me suis rendue dans un magasin de Swisscom et j'ai demandé à voir la carte de l'avancée de la mise en place du réseau de fibre optique. Cette carte m'a immédiatement été fournie sur une tablette et j'ai pu voir, rue par rue, l'avancée des travaux. Je suis donc très étonnée que le Conseil municipal n'aie pas accès à ces informations. Mon étonnement est d'autant plus grand quand il est dit que les informations reçues de manière récurrente ne sont tout simplement pas archivées ou conservées, car il s'agit d'une question essentielle pour la Ville de Bienne et pour son développement. Apparemment, ce n'est plus le souci de la Ville, car elle a délégué le dossier à Swisscom. Il serait aussi intéressant de savoir sous quelle forme cette délégation a été faite. La réponse ne nous satisfait pas car les questions restent en suspens.

Bord Pascal, PRR: Je tiens uniquement à donner une précision de technicien. Il faut savoir que la fibre optique ne permet pas de faire avancer les choses plus rapidement. La technologie cuivre actuelle a assez de bandes passantes pour l'exécution des besoins de Monsieur tout le monde, sauf si on veut pouvoir créer des vidéos hautes définitions en tout temps. À mon avis, la technique et le besoin sont mélangés. En effet, les serveurs sont souvent à la base d'un ralentissement des données.

Fischer Pascal, Die Eidgenossen: Den ganzen Abend über wurde im Stadtrat über Geschwindigkeiten debattiert. Ausgerechnet beim letzten Geschäft kommen die linken Vertreterinnen und wollen höhere Geschwindigkeit. Die Stadt Biel ist dabei, überall Tempo 30 einzuführen also gibt es keine höhere Geschwindigkeit. (*Gelächter*)

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Mir kam vorhin der gleiche Gedanke wie Ihnen Herr Fischer. Beim vorliegenden Vorstoss geht es aber um eine andere Art von Geschwindigkeit. Die Fragestellung ist jedoch dieselbe: Wieviel ist möglich und wieviel ist sinnvoll. Wie in der Beantwortung ausgeführt, geht die Swisscom, entgegen früherer Einschätzung nicht mehr davon aus, dass die Bandbreiten in den nächsten Jahren benötigt werden. Der Gemeinderat hat 2011 entschieden, nicht selber ein Glasfasernetz zu bauen. Sehr viele Städte wollten seinerzeit mit der Swisscom ein Glasfasernetz erstellen. Mit einer Investition von über CHF 50 Mio. hat sich der Gemeinderat vor allem aus Kostengründen gegen ein Glasfasernetz bis zu den einzelnen Häusern und Wohnungen entschieden. Die Risiken wären enorm gewesen. Der ESB hätte die Arbeiten nicht übernehmen können. Es hätte eine neue Gesellschaft gegründet werden müssen mit dem Risiko eines Konkurses und grossen Verlusten. Damals waren die Vertragsbedingungen mit der Swisscom schlecht. Die Stadt Biel wäre über Gebühr belastet worden. Aus heutiger Sicht war der Verzicht auf die Erschliessung der richtige Entscheid. Wie dies in 20 Jahren beurteilt wird, wird sich zeigen. Das Glasfasernetz wird jetzt durch die Swisscom gebaut. Wie Sie in der Beantwortung des Gemeinderats lesen können, hat die Wettbewerbskommission entschieden, dass die Swisscom die Glasfasernetze auch anderen Anbietern zugänglich machen muss. Auf Anfrage hat die Swisscom eine Auskunft über den Stand der Erschliessung des Glasfasernetzes in der Stadt Biel verweigert. Im Swisscom-Shop wird diese Auskunft aber für Private erteilt. Die Baudirektion wird daher eine Übersicht für die Stadt Biel erstellen.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Ich schliesse die Sitzung. Der Stadtrat hat 12 Traktanden heute nicht behandelt. Für die nächste Sitzung am 7. Juni 2018 sind viele Gemeinderatsgeschäfte hängig. Ich bitte die Stadtratsmitglieder die Redezeiten diszipliniert einzuhalten und die Geschäfte speditiv zu behandeln. Vielen Dank!

99. Neueingänge

- | | | |
|-----------------|---|-------------------------------------|
| 20180161 | Dringliche Interpellation Veronika Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen
Fahrende an der Schwanengasse
Gens du voyage à la rue des Cygnes | DSS |
| 20180162 | Überparteiliche Motion Muriel Günther, SP, Anna Tanner, SP, Judith Schmid, PdA, Lena Frank, Grüne, Myriam Roth, Grüne

Frauen*quote in den städtischen Unternehmen
Quotas féminins dans les entreprises municipales | PRA

STK
BEU
FID |
| 20180163 | Postulat Pierre Ogi, Groupe PSR

Tarifs dans les parkings couverts
Tarife in den Parkhäusern | DFI

ASS |
| 20180164 | Postulat Pierre Ogi, Groupe PSR

Fontaines au bord du lac
Brunnen am See | TEE |
| 20180165 | Postulat Pierre Ogi, Groupe PSR

Poubelles
Abfalleimer | TEE |
| 20180166 | Postulat Alfred Steinmann, Fraktion SP/JUSO

Kontrolle über Absprachen bei städtischen Bauprojekten
Contrôle des ententes lors de projets de construction de la Ville de Bienne | BEU

FID
STK |
| 20180167 | Interpellation Pierre Ogi, Groupe PSR

Location de salles par la CTS
Saalvermietung durch die CTS SA | MAI |

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 23:09 Uhr / heures

Die Stadtratspräsidentin / La présidente du Conseil de ville:

Tennenbaum Ruth

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula

Protokoll:

Meister Katrin

Flückiger Rita

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane